Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 37573

Nr. 272 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.— Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.—; monatlich 5.— Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Freitag, den 19. November 1920 | Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil kostet die 6gespaltene Millimeterzeile 60 Pf., bei gerichtlichen Reklamen im 3spaltigen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

Der Wucher des Reichskleiderlagers.

Bekämpfung des Wuchers — Der Landbund berichtigt — Neues von den Millionenschiebungen deutscher Fürsten — Der Fall von den Kerkhof — Beginnender Gesundungsprozeß.

Arbeit für den Staatsanwalt.

Wer kennt das Reichskleiderlager? Zu unserer Beschämung müssen wir gestehen, wir nicht. Noch vorgestern war es anders. Vorgestern glaubten wir noch zu wissen, das Reichskleiderlager wäre eine Einrichtung, welche die geringen vorhandenen Kleiderbestände zum besten der notleidenden Bevölkerung unter Aufsicht des Reiches ohne großen Nutzen verteilen sollte. Sah man doch vor nicht allzulanger Zeit noch in den Läden die „Reichsware" ausgestellt. Sie war nur auf Bezugsscheine zu haben. Oft war sie in der Qualität nicht besonders, aber sie war billig. Wir nahmen es wenigstens an. Wir nahmen auch fernerhin an, daß das Reichskleiderlager, das wir, wir wissen jetzt nicht aus welchem Grunde, in irgendeine Verbindung mit dieser „Reichsware" brachten, genau wie alle Reichsinstitutionen — die Reichspost, die Reichseisenbahn — an Unterbilanz, an Defizitwirtschaft litt. Dieser unser fester Glaube ist seit vorgestern erschüttert worden. Seit vorgestern wissen wir das Gegenteil. Der bekannte günstige Wind hat uns ein Schreiben auf den Tisch geweht, aus dem zu entnehmen ist, daß die:

Kleiderversorgungsgenossenschaft Reichskleiderlager 34 zu Halle

in diesem Jahre eine Dividende von 40 Prozent verteilt. Im vorigen Jahre waren es leider nur 25 Prozent. Man sieht, die schlechten Zeiten wirken sich aus. Man halte sich noch die hohen Dividenden der Textilfabriken vor Augen und man kann sich einen Vers machen, warum die notwendigen Sachen so teuer sind, warum sich der Arme kein Hemd und keinen Strumpf, geschweige denn einen Anzug kaufen kann.

Wir haben in unserer Ueberschrift darauf hingewiesen, welche Behörde hier ein dankbares Feld für ihre Tätigkeit finden würde. Es soll für die Wuchergerichte, die nach den neuesten Ministerreden für die Wohlfahrt des Volkes sorgen sollen, ein Wink mit dem Zaunpfahl sein. Wir wissen ja nicht, ob für die, in Hinsicht auf den Wucher, ziemlich harmlosen Staatsanwälte das Kriterium des Wuchers schon gegeben ist. Aber das wissen wir, wenn wir Staatsanwalt wären und wir hörten, daß irgendeine Gesellschaft auf einen Anteilschein von 1000 Mark eine Rückgewähr von 400 Mark im Jahre — sie nennen es verschämt „Spesen" — gebe, so würde uns das ohne weiteres Veranlassung sein, die Geschäftsbücher jener Gesellschaft sofort schärfstens prüfen zu lassen. Aber leider hat uns in der letzten Zeit der Glaube an die Bereitwilligkeit der Staatsanwaltschaft stark im Stich gelassen. Wir fordern deshalb alle Leser der „Volksstimme" auf, wenn es ihnen irgend möglich ist, über das Geschäftsgebaren des Reichskleiderlagers uns nähere Mitteilungen zukommen zu lassen, damit wir dem Staatsanwalt mit detaillierten Angaben unter die Arme greifen können.

40 Prozent Dividende!

An die Arbeit Herr Staatsanwalt!

Der Kampf gegen Wucher und Schleichhandel.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine öffentliche Sitzung ab. Nach Annahme eines Gesetzentwurfs über ein Rechtspflegeabkommen mit der freien Stadt Danzig bemerkte der Berichterstatter des Ausschusses zu dem Gesetzentwurf über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände, daß man im Ausschusse erst nach Ueberwindung gewisser Bedenken der Vorlage zugestimmt hätte, da eine gewisse Notlage zur Einbringung vorläge. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß bei Schleichhandel, vorsätzlicher Preistreiberei und bei der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und auf Geldstrafe von mindestens 20 000 Mk. erkannt werden kann. Die Erhöhung der Geldstrafe auf 20 000 Mk. ist vom Ausschuß beschlossen worden. Nach dem Entwurf sind als besonders schwere Fälle anzusehen: wenn der Täter aus Gewinnsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt; wenn er durch Preistreiberei aus Gewinnsucht die Notlage der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet; wenn er es unternimmt, Vieh, Lebensmittel oder Futter- und Düngemittel ins Ausland zu verschieben, es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt; wenn der Täter ganz oder überwiegend von Schleichhandelsgeschäften oder verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt. Ausländer können nach Vollstreckung der Strafe ausgewiesen werden, bei Zuchthausstrafe müssen sie ausgewiesen werden.

Die bolschewistischen Eroberer.

Moskau, 18. Nov. Die roten Truppen griffen die Zentralstation der Krimeisenbahn Dshankoi an und nahmen sie mit einer gewaltigen Beute in Besitz. — Infolge des Angriffes Belachowitsch auf Minsk befindet sich die rote Armee in einer Lage, die Kriegsoperationen gegen Belachowitsch und Petljura notwendig macht, und es ist den roten Truppen nicht möglich, sich der neutralen Zone fern zu halten.

Der Vertrag mit Danzig unterzeichnet.

Paris, 18. Nov. Heute nachmittag hat Paderewski im Auftrage der polnischen Regierung den zwischen Polen und der Stadt Danzig abgeschlossenen Vertrag unterzeichnet.

„Orgesch" und Landbund in Sachsen-Anhalt.

Unter Bezugnahme auf den § 11 des Pressegesetzes erhalten wir folgende Berichtigungen:

„In Nr. 260 der Volksstimme" vom 4. November ist in dem Artikel mit der Ueberschrift „Orgesch und Landbund in Sachsen-Anhalt" als Tatsache behauptet worden, daß in der Provinz Sachsen der „Landbund der Provinz Sachsen und Anhalts" die umfassende Organisation der „Orgesch" sei und die ihr angehörenden Kreisverbände, angeschlossenen Organisationen pp. Unterorganisationen der Orgesch bilden und dieser angeschlossen seien. Diese Behauptung ist am Schluß des Artikels, in dem der gegebene Ueberblick über die umfangreiche Organisation Escherich nochmals erwähnt wird, dem Inhalt nach wiederholt worden.

Der Landbund Sachsen-Anhalt berichtigt diese unrichtige Angabe dahin, daß weder er noch die ihm angeschlossenen Organisationen, Kreisverbände pp. in irgendwelcher Form der „Orgesch" angehört haben oder angehören und in keiner Verbindung und in keinem Zusammenhang mit der „Orgesch" stehen.

Wilmosky, Vorsitzender. D. Buchland, Direktor."

•

„In Nr. 260 der Volksstimme vom 4. 11. 1920 ist in dem Artikel mit der Ueberschrift „Orgesch und Landbund in Sachsen-Anhalt" in Ziffer 3 unter der im Druck hervorgehobenen Ueberschrift: „Was alles der Orgesch angeschlossen ist" gesagt worden, daß auch der Kreisverband der Landwirte des Kreises Wernigerode eine Unterorganisation der Orgesch bilde und dieser angeschlossen sei. Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen und beruht auf Unwahrheit. Der Kreisverband ist weder an die Orgesch angeschlossen, noch ist er eine Unterorganisation derselben, er hat keinerlei Verbindung mit der Orgesch und steht mit derselben in gar keinem Zusammenhange; er ist vielmehr lediglich eine Organisation zur Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Interessen seiner Mitglieder und steht jeder, irgendwie anders gearteten Organisation vollständig fern.

Hochachtungsvoll

Kreis-Verband der Landwirte des Kreises Wernigerode.

Der Vorstand:

Karl Meyer, Vorsitzender. Franz Wolff, Geschäftsführer.

•

Wir enthalten uns jeder Bemerkung zu diesen Berichtigungen, setzen aber aus Nr. 262 der „Volksstimme" die Meinung des Geschäftsführers des Landbundes hierher. Wie dieselbe mit den Berichtigungen zu vereinbaren ist, muß der Leser selbst herausfinden. Herr Beck, der Geschäftsführer des Landbundes und der „Orgesch", macht der „Orgesch" einen Voranschlag für die Provinz-Pressestelle und gibt dazu Erläuterungen, die besonders beachtenswert sind.

Voranschlag der Provinz-Pressestelle	monatl.	jährlich
Gehälter einschließlich Versicherung	1200,—	14400,—
Reisekosten	500,—	6000,—
Büroeinrichtungen	50,—	
Büromaterial einschl. Schreibmasch.-Miete	500,—	6000,—
Presse dienst einschl. Papier, Druck, Umschl., Porto	750,—	9000,—
Zeitungen	300,—	3600,—
Miete, Heizung, Licht, Unvorhergesehenes	300,—	3600,—
	3750,—	45000,—

Zur Erläuterung:

Gehälter, lediglich Hilfsbeamten, Pressechef ehrenamtlich. Reisekosten unter der Voraussicht, daß Pressechef einen Teil seiner Reisen mit Landbundreisen verknüpft und den Landbund belastet.

Büroeinrichtung umfaßt nur kleinere Neuanschaffungen, da der Landbund seine Einrichtung zur Verfügung stellt.

Büromaterial, einschließlich Schreibmaschinenmiete 50,— monatlich.

Pressedienst, einschließlich Papier, Druck, Umschlägen, Porto umfaßt eine Auflage von 400 Exemplaren, bereits unter Berücksichtigung der neuen Papierpreise (900 Proz. Aufschlag).

Porto, lediglich für Briefpost.

Zeitungen, lediglich für L. S. P.-Zeitungen, übrige Presse stellt die Pressearbeitung des Landbundes.

Miete, Heizung, Licht fällt aus, da der Landbund seine Räume zur Verfügung stellt.

Unvorhergesehenes zur Abrundung.

Das hat Beck, der Geschäftsführer des Landbundes und der „Orgesch", geschrieben, nicht wir. Wir bitten das zu beachten.

Die Völkerbundsversammlung.

Der Völkerbund, der zu seiner ersten Vollversammlung in Genf zusammengetreten ist, ist nicht ohne Vorgänger in der Geschichte. Fast genau ein Jahrhundert vor ihm gründeten die Staaten, die in den napoleonischen Welttriegen siegreich geblieben waren — Rußland, Preußen und Oesterreich —, die Heilige Allianz, der sich, dem Truge der Macht folgend, alle europäischen Mächte ausschließlich Englands und des Kirchenstaates anschlossen. Das besiegte Frankreich blieb zunächst drei Jahre aus der Allianz ausgeschlossen, bis es im Jahre 1818 auf dem Bundeskongreß von Aachen — wo es zugleich die Räumung seiner Festungen von den fremden Truppen erlangte — Aufnahme fand. Frankreich ist nach diesen Welttriegen, in denen es nach äußerem Anschein gleichfalls als Angreifer auftrat, überhaupt viel besser davongekommen als Deutschland ein Jahrhundert später. Die reaktionären Monarchien des Ostens waren viel mehr geneigt, das wieder königlich und reaktionär gewordene Frankreich als Kameraden zu behandeln, als ein Jahrhundert später die parlamentarischen Demokratien des Westens Neigung zeigten, in der neuerstandenen Deutschen Republik einen gleichstehenden Genossen zu erblicken und zu berücksichtigen.

Die französische Presse hat verkündet, die Vertreter ihres Landes würden die Bundesversammlung verlassen, wenn auf ihr der Antrag auf Aufnahme der Deutschen Republik in den Völkerbund gestellt werden sollte. Das ist verständlich, denn die Aufnahme Deutschlands wäre, wenn sie nicht eine bloße Komödie bliebe, der Anfang der Revision. Man kann einen Staat nicht als gleichberechtigten Bundesgenossen behandeln und zugleich sein Gebiet besetzt halten — darum war auch die Aufnahme Frankreichs in die Heilige Allianz logischerweise mit der Räumung der besetzten französischen Festungen verknüpft. Der Völkerbundsvertrag bildet nun aber merkwürdigerweise einen Bestandteil des Friedensvertrages von Versailles, der auf diese Weise zu dem widerspruchvollsten Schriftstück geworden ist, das die Weltgeschichte kennt. Der Völkerbundsvertrag basiert auf dem Programm Wilsons vom rachelosen Frieden. Der übrige Inhalt des Friedensvertrages gründet sich aber auf die Scheinverträge, die die Ententestaaten während des Krieges untereinander abschlossen und in denen sie sich gegenseitig reiche Beute an Geld und Land zusprachen. Der Völkerbundsvertrag gründet sich auf die Idee von der Gleichberechtigung aller Völker, der übrige Inhalt des Friedensvertrages verkündet den Besiegten auf Jahrzehnte hinaus das Recht des Sieges.

Die in allen Fällen überlegene englische Politik hat die Ansprüche des britischen Weltreiches vorweg befriedigt, indem sie ihm gewaltige überseeische Gebiete einverleibte und den Hauptteil der deutschen Handelsflotte an sich riß. Frankreich aber verwies sie in der Hauptsache auf die Forderungen an einen Schuldner, dessen Zahlungsfähigkeit zweifelhaft ist. England hat sich gleich genommen, was es haben wollte, Frankreich soll sich in den nächsten Jahren aus Deutschland holen, was es zu brauchen glaubt. England braucht von einem entwaffneten Deutschland nichts mehr zu besorgen, während Frankreich selbst die leeren Arme eines zahlreicheren Nachbarvolkes noch immer fürchtet. Daher kommt es, daß sich England zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund viel günstiger stellt als Frankreich.

Indes hat Deutschland zur Völkerbundsversammlung gar keinen Antrag auf seine Aufnahme gestellt, wenn diese dennoch diskutiert wird, so ist das ein Zeichen der Zeit, das Beachtung verdient. Da sich Amerika fernhält, Deutschland und Rußland gleichfalls draußen stehen, bleibt der Völkerbund doch nur eine über den Weltkrieg hinaus fortgesetzte Entente ohne die Vereinigten Staaten, also im Grunde genommen nur ein etwas verlängertes englisches Weltreich und als solches durchaus kein zuverlässiges Friedensinstrument. Hilflos steht der Völkerbund dem Problem des Ostens gegenüber, seine vollkommene Unfähigkeit, Kriege zu verhindern, hat sich im russisch-polnischen Kriege gezeigt. So wie er ist bleibt er etwas gänzlich Unbefriedigendes, und so läßt es sich verstehen, daß in seinem Schoße selbst die Frage entstanden ist, ob man sich den Luxus leisten kann, Völker, die zum Beitritt unter Umständen bereit wären, vom Bunde auszuschließen.

So kann Deutschland die Zeit reifen und die Dinge an sich herankommen lassen. Es versteht ganz gut, warum sein Beitritt von Frankreich zurzeit noch nicht gewünscht wird; es hat keinen Grund, Versuche zu machen, sich aufzudrängen, die doch vergeblich bleiben würden. Es ist auch nicht zu verkennen, daß ein Staat, der dem Völkerbund beitritt, damit ein Stück seiner Selbständigkeit aufgibt, und das kann leichten Herzens nur ein Staat tun, der im übrigen nicht allzuviel zu verlieren hat. Desto höher muß es das ihm noch Verbliebene schätzen. Wäre Deutschland schon Mitglied des Völkerbundes, so hätte es beispielsweise der Aufforderung, Rußland zu boykottieren, kaum Widerstand leisten können, es hätte sich unter Umständen an einer gemeinsamen militärischen Aktion im Osten beteiligen müssen. Deutschland kann nur in den Völkerbund eintreten, wenn es die Hoffnung hat, in ihm erfolgreich für die volle Gleichberechtigung aller seiner Mitglieder wirken zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201119-19/fragment/page=0001

Deutschlands Eintritt hat, um es zu wiederholen, Sinn nur dann, wenn er den Beginn der Revision bedeutet. So weit ist es noch nicht, und darum ist bei der ersten Völkerbundsversammlung die Galerie der Zuschauer der für Deutschland richtige Platz.

*

Lausanne, 18. Nov. Der „Gazette de Lausanne" wird aus Paris geschrieben, daß man in Frankreich über die starke Vertretung Englands in Genf beunruhigt sei, das mit den Domenions 18 Vertreter und 6 Stimmen habe, während Frankreich sich mit drei Vertretern, also laut Pakt mit einer Stimme begnügen müsse. Es sei komisch, daß Indien und Neuseeland z. B. doppelt so schwer ins Gewicht fielen, wie Frankreich. England habe den Völkerbund zu seiner Sache gemacht.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung. Donnerstag, den 18. November 1920, nachm. 3 Uhr.

Präsident Löbe teilt mit, daß der Abg. Thabor (Soz., 26. Wahlkreis) auf Grund des Urteils des Wahlprüfungsgerichtes aus dem Reichstage ausgeschieden ist. Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen die Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.), Dr. Heim (Bayr. Volksp.) und Merkel (Soz.) werden dem Geschäftsausschuß überwiesen. — Auf der Tagesordnung steht zunächst die sozialdemokratische Interpellation betreffend, Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Reichswirtschaftsminister Scholz erklärt, daß die Regierung zur sofortigen Interpellation bereit sei. Präsident Löbe will die Interpellation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen. — Die Interpellation der Deutschen Volksparteien über die gegenwärtige Wirtschaftskrise soll in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Der Reichstag tritt dann in die Besprechung der Deutschnationalen Interpellation über die Kartoffellieferungsverträge ein, die schon begründet und beantwortet ist.

Abg. **Felsmann** (Soz.): Von einer Hetze gegen die Landwirte kann keine Rede sein. Die Landwirte müssen schreien und immer wieder schreien. Dabei haben die Appelle an die Landwirtschaft, alles zu tun, um die Städte zu versorgen, bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft wenig Widerhall gefunden. Die Landwirte haben die Kartoffeln aufgespart und bieten nun die gesamten Vorräte auf einmal den Städten an. Die Behauptung, daß der freie Handel die Kartoffeln verbilligen würde, hat sich als ein Irrtum erwiesen. Bei einem so guten Durchschnittsertrag, wie in diesem Jahre, könnte man billigere Preise verlangen. Verlangen müssen wir auch eine ehrliche Lieferung von wirklichen Speisekartoffeln, nicht ein Durcheinander aller möglichen Qualitäten, wie sie aus dem Boden kommen. Wenn die Städte einmal von ihrem Ablehnungsrecht Gebrauch machen, steht sofort der wilde Händler bereit, zu Wucherpreisen alles anzukaufen. Wie soll der Arbeiter Wohlwollen gegen die Landwirte hegen, wenn er sieht, daß man Kartoffeln absichtlich erfrieren läßt. Wir haben gehört, daß die Kartoffeln in Verkehr geraten sind, aber es kommt darauf an, in welche Kanäle die Bewegung fließt. In Hannover hat man Kartoffeln nur als Saatkartoffeln verkauft. Berlin hat minderwertiges Zeug bekommen, die Landwirte in Pommern wollten an Berlin nicht mehr liefern, weil Berlin auf das Recht der Ablehnung minderwertiger Ware nicht verzichten wollte. Schließlich war Berlin gezwungen, den Landwirten über die Verträge hinaus entgegenzukommen, sonst hätte es gar keine Kartoffeln bekommen. Die wiederholten Zusagen der landwirtschaftlichen Organisationen in den Verhandlungen mit den Reichsbehörden sind in Bezug auf Berlin überhaupt nicht gehalten worden. Der wilde Handel hat überall die Hauptgeschäfte gemacht, der reguläre Handel ist beinahe verdrängt. Die Landwirtschaft hat zu allem andern vielfach noch Schnellzugsprämien verlangt. Aus dem besetzten Gebiet sind umfangreiche Verschiebungen nach Frankreich vorgekommen. Vielfach liegt den Landwirten mehr daran, an Brennereien und Fabriken zu verkaufen, oder ihre Kartoffeln den Schweinen zu verfüttern, als an der Ablieferung. Herr Gröner hat an dieser Stelle einmal gesagt, der Wucher würde nicht eher aufhören, bis einige Wucherer auf dem Potsdamer Platz aufgehängt seien. Wir verlangen von der Regierung, daß mit dem scharfen Vorgehen gegen den Wucher auch auf diesem Gebiet gründlich Ernst gemacht wird. (Bravo bei den Soz.)

Abg. **Döberich** (D. Vp.): Die Landwirtschaft ist nicht in erster Linie schuld an den traurigen Versorgungsverhältnissen (Sehr wahr bei der D. V.). Die landwirtschaftlichen Organisationen haben große Verdienste um die Versorgung und die Senkung der Preise. Der wichtigste Faktor in der Kartoffelfrage ist wohl die Beschaffenheit des Bodens. Schlimm ist es, daß uns voriges Jahr die Saatkartoffeln abgenommen worden sind. Die Anbauflächen wären viel größer, wenn die Zwangswirtschaft nicht gewesen wäre. Zur Zeit der Ernte wurden den Landwirten Schwierigkeiten mit der Abnahme der Kartoffeln bereitet (Sehr richtig), weil man hoffte, dadurch eine Preisherabsetzung zu bewirken.

Abg. **Blum** (Zentr.): In der Ernährungsfrage darf es keine Klassen- oder Parteipolitik geben, da gilt es nur die Not der Allgemeinheit zu lindern. Die Frage, Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft, ist unstreitig für die Parole Hermes: „freie Wirtschaft" entschieden. Redner kommt dann auf die Transportverhältnisse zu sprechen, denen er einen wesentlichen Schuldteil an der ungenügenden Versorgung zuspricht.

Abg. **Herz** (U. Soz. rechts): Die beiden Vorredner haben die Frage nur unter dem engen Gesichtspunkt des Produzenten betrachtet. Die Politik der Mehrheit in den Ernährungsfragen wirkt an sich aufreizend, es ist eine Politik der Preissteigerung und der Teuerung. Die Klagen über mangelnde Wagengestellung sind übertrieben. Die Stockung des Verkehrs ist eine Folge der freien Wirtschaft (Sehr wahr, bei den U. Soz.). Der freie Handel fragt nicht nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Auch die Eingriffe der Eisenbahner sind für Verkehrsstockungen verantwortlich gemacht worden, aber ihre Kontrolle gegen unerlaubte Ausfuhr ist eine unbedingte Notwendigkeit, denn die Behörden haben darin völlig versagt. Was gedenkt der Reichswirtschaftsminister gegen die neuerdings gemeldeten Kartoffelverschiebungen nach Holland zu tun? Warum versorgt die angeblich uneigennützige Landwirtschaft die ausländische Bevölkerung? (Zuruf rechts: Das tun die Schieber.) Die Abg. Fleischer und Blum haben ausdrücklich von Verschiebungen ostpreußischer Landwirte gesprochen. Unerkannte landwirtschaftliche Autoritäten haben darauf hingewiesen, daß schon ein Zentnerpreis von 15 Mark die Produktionskosten decke (Hört, hört, links.). Der Minister Dr. Hermes hat Schuld, daß der Preis heute 30 Mark beträgt, obwohl der volkswirtschaftliche Ausschuß 25 Mark angenommen hatte. Die gewaltsame Zerschlagung des letzten Restes von Zwangswirtschaft wird von der Landwirtschaft systematisch herbeigeführt, wie die Ablieferungszahlen für Brotgetreide beweisen. Wir haben ein Ministerium für die Landwirtschaft und gegen die Ernährung. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.): Es war ein großer Fehler der Städte, Lieferungsverträge nicht in größerem Umfange abzuschließen. Die drei schwierigen Fragen der Beschaffung von Saatgut, Düngemitteln und Arbeitskräften müssen unbedingt gelöst werden. Mit Ausnahme der Zwangsbewirtschaftung für Getreide ist jetzt keine Zwangswirtschaft mehr durchführbar, am wenigsten für Kartoffeln. Alle Kreise tragen einen Teil der Schuld für die jetzigen Zustände. (Beifall bei den Dem.)

Abg. **Thomas** (U. S. links): Da unsere Kartoffelausfuhr in Wegfall gekommen ist, müßten wir Kartoffeln in ausreichender Menge haben. Sehr viel verschulden die Transportmängel.

Abg. **Schiele** (Dn.): Die Behauptung, daß Landwirte Kartoffelschiebungen nach dem Auslande vornehmen, ist eine ungeheuerliche Verleumdung. Ebenso ist es töricht anzunehmen, daß der Landwirt aus egoistischen Gründen die Kartoffeln zur Schweinemast verwendet. Die Landwirtschaft bringt in diesem Jahre 100 Millionen Tonnen Kartoffeln in den Verkehr gegen 20 Millionen im Vorjahr. Die Landwirtschaft wird ihren Verpflichtungen nachkommen, erwartet aber von der Regierung Geltendmachung ihrer Autorität.

Reichsernährungsminister Dr. **Hermes** verteidigt die Regierung gegen den Vorwurf, als ob die Beseitigung des Schleichhandels nur von ihrem guten Willen abhänge. Daß die Zwangswirtschaft unsere Kartoffelwirtschaft nicht aufrechthalten konnte, haben wir alle erlebt. Es handelt sich jetzt nur um Uebergangserscheinungen. Wenn uns die landwirtschaftlichen Kreise weiter nicht im Stiche lassen, besteht alle Hoffnung durchzukommen. Die Klagen der Abgg. Vollmann und Dr. Hertz über mangelnde Organisation beim Transport und Wagenmangel treffen nicht zu, wie Redner an Hand statistischer Angaben nachweist. Mit Braunschweig sind Verhandlungen wegen Aufhebung der Sperrmaßnahmen eingeleitet, desgleichen mit Hessen. Zur Bekämpfung des Wuchers und der Grenzverschiebung sind besondere gesetzliche Bestimmungen in Vorbereitung, die ein rücksichtsloses Einschreiten zum Ziele haben. Der Landwirtschaft können wir nicht eine Liebesgabe von einer Milliarde von ausländischen Düngemitteln machen, weil wir dann als Gegenleistung eine entsprechende Verbilligung der landwirtschaftlichen Produkte verlangen müßten. Dazu ist aber die Landwirtschaft zurzeit nicht in der Lage. Da bleibt nur der Weg, unsere chemische Düngemittelproduktion zu erhöhen.

Damit schließt die Besprechung.

Der Fall von den Kerkhof.

Ein Zwischenfall, der sich im Reichshaushaltsausschuß am Sonnabend abgespielt hat und der in der Montagssitzung des Ausschusses seinen vorläufigen Abschluß fand, ist in unseren Sitzungsberichten nicht erwähnt worden. Er verdient aber näher beleuchtet zu werden, weil er über die Person der Beteiligten hinaus kennzeichnend ist für die Methoden, die die Rechtsparteien zur Beseitigung all derer anwenden, die den ihnen nahestehenden schwerindustriellen Kreisen im Wege stehen. Auch die „Hallesche Zeitung" vom Dienstag hat ihn weidlich ausgenutzt.

Der deutschnationale Abgeordnete van den Kerkhof unternahm einen Vorstoß gegen das Reichswirtschaftsministerium und beklagte sich besonders über die Tätigkeit der „jungen Herren" in diesem Amte. Gemeint waren damit jene zum Teil sozialdemokratischen Beamten, die unter dem Genossen Robert Schmidt in dieses Ministerium gekommen sind und sich trotz des Ministerwechsels nicht dazu hergeben wollen, nach der Pfeife der Schwerindustrie zu tanzen. Als der Abgeordnete v. d. Kerkhof aufgefordert wurde, seine Vorwürfe zu präzisieren, unternahm er einen kläglichen Rückzug und mußte es sich gefallen lassen, daß im Protokoll ausdrücklich vermerkt wurde, er könne seine Angriffe nicht aufrechterhalten. Dafür versuchte er sich zu revanchieren, indem er den Staatssekretär Dr. Hirsch beschuldigte, einen Versuch der „Gesinnungskorruption" an ihm unternommen zu haben.

Er holte sich ein ausdrückliches Dementi vom Ministerialdirektor v. Buttler ein, der Zeuge des angeblichen „Versuches" gewesen war und den Staatssekretär vollkommen deckte. Als nun die Abgeordneten der Rechtsparteien sahen, daß der Vorstoß für ihren Kollegen schief auszugehen drohte, beantragten sie, die ganze Angelegenheit als vertraulich zu behandeln, worauf unsere Genossen und die Vertreter der U. S. P. natürlich nicht eingingen. In der Montags-Sitzung wäre es zweifellos zu einer vollständigen Reinwaschung des Dr. Hirsch gekommen, wenn nicht dieser in übertriebenem Ehrgefühl inzwischen ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt hätte, wodurch eine sofortige Erledigung des Zwischenfalles im Ausschuß selbst unmöglich wurde. Indessen hat der volksparteiliche Reichswirtschaftsminister Doktor Scholz, indem er sich des Staatssekretärs Hirsch weiter als seines Sprachrohrs bediente, deutlich gezeigt, was er von dem ganzen „Fall Hirsch" hält.

In Wirklichkeit gibt es nur einen „Fall van den Kerkhof". Dieser Herr war offenbar von den Rechtsparteien beauftragt worden, dem Staatssekretär Hirsch ein Bein zu stellen, weil dieser seit seinem Amtsantritt den Haß der Schwerindustrie und des Großhandels auf sein Haupt geladen hat. Dieser Haß ist um so größer, als Hirsch kein Sozialdemokrat ist, aber für die Beschneidung der Ausfuhrgewinne und für die Vollsozialisierung eintritt. An der Beseitigung dieses Mannes arbeiten die Stinnes-Leute seit Monaten und diesem Zwecke diente der Vorstoß des deutschnationalen Abgeordneten, der zwar mißglückt ist, aber als für die politischen Kampfmethoden des Großkapitalismus charakteristisch festgenagelt zu werden verdiente.

Die Millionenschiebung deutscher Fürsten.

Zu dieser Angelegenheit die, wie gestern mitgeteilt, der Gegenstand einer Interpellation des Gen. Müller im Reichstag ist, wird dem „Vorwärts" noch folgendes mitgeteilt:

Das „B. T." erklärt, daß das Bankhaus Cruser in hiesigen Bankkreisen unbekannt sei. Ich bezweifle aber sehr, ob die Commerz- und Privatbank Hardy u. Co., G. Schlesinger, Trier u. Co. und andere hiesige Banken behaupten können, daß die Amsterdamer Bankfirma Gruber Philipson u. Co. ihnen unbekannt sei. Um diese handelt es sich. In der Anfrage des Abgeordneten Müller ist irrtümlich der Namen Gruber in Cruser verwandelt worden. Die Bankfirma hatte ihr Lokal Budapester Straße 2. Als es den hohen und höchsten Herrschaften zu unsicher wurde, sich dorthin zu begeben, wurde ein zweites inoffizielles Lokal Bothstraße 16 aufgetan.

Was die Vermögensschiebungen selber anbetrifft, so datieren diese bereits seit Januar 1919. Es ist nur verwunderlich, daß sie so lange der Behörde verborgen bleiben konnten. Sie begannen mit der Herausschaffung des kronprinzlichen Vermögens. Besuche der Kronprinzessin im Hotel Esplanade, wo Herr Gruber das ganze Jahr hindurch mehrere Räume bewohnte, und umgekehrt der Familie Gruber bei der Kronprinzessin waren keine Seltenheit. Später kamen andere Fürstlichkeiten, adlige und nichtadlige Reiche heran. Hauptsächlichste leistete der inzwischen verstorbene Dr. u. Aust, der Flügeladjutant des Kronprinzen, ein Herr von Müller und Rechtsanwalt Dr. Wangemann, Alsenstr. 2. Mit der Zeit hat sich natürlich das Vermittlerneg entsäuben ausgebreitet.

Die Provisionen des Herrn Gruber waren so groß, daß er zu Beginn dieses Jahres für zehn Millionen Anteile des Bankhauses G. Schlesinger, Trier u. Co. übernehmen konnte. Herr Gruber

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.

Von Wilhelm Blos.

(8. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die Hofmarschallin hatte ihre Ruhe zuerst wiedergewonnen.

„Wir müssen sehen," sagte sie mit Würde, „wie wir Seiner Durchlaucht diese hergelaufene Spanierin verekeln, damit wir unseren und unserer Töchter Vorteil wieder wahrnehmen können."

„Das müssen wir," bekräftigten die beiden anderen. „Aber," flüsterte die Staatsrätin hinzu, „die Person soll sehr schlau sein. Wie sie Seine Durchlaucht einfing — —"

„Ah, wie fing sie ihn ein!" riefen die beiden anderen neugierig.

„Sie soll sich die Gewänder zerschnitten und durch solch kecken Streich Seine Durchlaucht bezaubert haben."

„Bezaubert!" rief die Oberstallmeisterin. „Schade, daß man sie nicht als Hexe verbrennen kann!"

Die Staatsrätin sah sie spöttisch von der Seite an. Wahrscheinlich dachte sie, daß dieses runzlige, alte Weib denn doch eher als Solo für eine Hexe gehalten werden konnte.

„Wir müssen sie überbieten," sagte die Staatsrätin. „Wir müssen dafür sorgen," daß Serenissimus auf einem seiner Jagdschlösser eine der adligen Töchter des Landes findet, in irgendeinem griechischen Kostüm, das nicht allzu viel verhüllt — etwa als Diana. Die Spanierin wird er bald satt haben, und so können wir sie ausstechen."

„Ah, sehr fein!" rief Oberstallmeisterin. „Fein ausgedacht!"

Die Hofmarschallin aber kräuselte verachtungsvoll die schmalen Lippen und meinte: „So etwas sind' ich doch bedenklich. Ein solches Manöver würde der Reputation und den Ehrbegriffen nicht entsprechen. Dazu gäbe ich meine Töchter nicht her! Das mögen andere tun, die in solchen Dingen weniger skrupulös sind als ich."

Die Staatsrätin wurde dunkelrot, blieb aber sonst ruhig und sagte: „Sie haben wohl vergessen, daß Sie selbst einer solchen Begegnung Ihr Dasein verdanken!"

Jetzt war die Hofmarschallin dunkelrot; alle Anzeichen eines heftigen Ausbruches waren vorhanden — da trat die Oberstallmeisterin dazwischen und sagte: „Wir wollen vernünftig sein und uns nicht untereinander streiten. Sonst lacht sich die Spanierin ins Fäustchen und wir werden geleimt."

Das wirkte; die beiden Gegnerinnen maßen sich noch einmal mit giftigen Blicken und verbargen dann ihren Groll unter glatten, höflichen Mienen, wobei sich jede vornahm, sich bei der ersten passenden Gelegenheit zu rächen.

„Uebermorgen ist großer Maskenball im Schlosse," sagte die Oberstallmeisterin. „Bei dieser Gelegenheit soll die Zigeunerin, wenn demaskiert ist, vor dem ganzen Hofe ausgezeichnet werden."

„Ha! Schändlich!" rief die Hofmarschallin. „Wir müssen sie stürzen!"

„Aber wie?" fragte die Staatsrätin.

„Ich habe meinen Plan!" sagte die Oberstallmeisterin; „wir stürzen sie mit Hilfe der Maskenfreiheit!"

„Ah, eine Idee!" rief die Staatsrätin.

Sie setzten sich nun zusammen und die Oberstallmeisterin entwickelte eigengehend ihren Plan.

Der Tag des Maskenballes kam heran, und gegen Abend fuhr eine Menge von Equipagen nach dem in festlicher Beleuchtung strahlenden Residenzschlosse. Der Besuch von auswärts war sehr zahlreich, denn die Kunde von der kecken Tänzerin, die sich so rasch die Gunst Erichs des Neunundneunzigsten eroberte, war schon weithin über die Grenze des Fürstentumes hinaus gedrungen. Man wußte nichts Bestimmtes darüber, was an diesem Abend bevorstand; aber es wurde allgemein erwartet, daß die interessante Tänzerin eine Rolle spielen und daß ihr Serenissimus das Vergnügen bereiten werde, sie vor aller Welt von der Sonne seiner Gnade bestrahlen zu lassen.

Niemand sollte ohne Maske erscheinen, aber Punkt zwölf Uhr sollte demaskiert werden.

Die maskierte Gesellschaft tummelte sich in den prächtig erleuchteten Sälen des Residenzschlosses durcheinander. Viele waren im einfachen Domino gekommen, aber man sah eine Menge interessanter Masken aller Art. Türken mit breiten Wangen und bunten Kostümen, schlanke Türkinnen mit zierlichen Beinen, Räuber aus den Abruzzen, vierschrötige Tiroler mit nackten Knien und flinke Tirolerinnen, Ritter im glänzenden Harnisch und Mönche in der wallenden Kutte, Pagen und Kammerkätzchen, Schäfer und Schäferinnen — alles das bewegte sich lachend, schwatzend, tanzend und springend durcheinander und ergoß sich aus dem großen Saal, wo sich das Orchester befand, in die Nebensäle, wo halbdunkle Grotten und duftige Lauben errichtet waren. Mancher kleine Roman spielte sich an diesen lauschigen Plätzen ab; Verliebte suchten und fanden sich und tauschten heimliche und schnelle Küsse. Die Verleumder träufelten ihr Gift in anderer Ohren und die Höflingsunterträgigkeit verwandelte sich hinter der schützenden Larve in widerlich schäumenden Republikanismus, der aber auch hier nur zu flüstern wagte.

In dem Gewühl sah man einen Ritter in silberbeschuppter Rüstung würdevoll auf und ab schreiten. Ab und zu klopfte er einer Maske auf die Schulter und sprach leise zu ihr. Der Ritter mußte eine bedeutende Persönlichkeit sein, und manche schienen ihn zu kennen, den nie wichen ihm scheu aus. In seiner Nähe trieb sich ein schlanker Page in altfranzösischer Tracht umher, der bald mit dem Ritter sprach, bald zu horchen schien, was andere mit ihm sprachen.

Der Ritter war der Gegenstand der gespannteren Aufmerksamkeit dreier Bürgermädchen in Nürnberger Tracht aus dem Anfang des sechzehnten Jahrhunderts. Sie waren ganz gleich gekleidet und trugen grüne, mit Pelz verbrämte Gewänder, die oben ziemlich tief ausgeschnitten waren und den schimmernden Nacken sehen ließen. Auf dem Haupte trugen sie die eigentümliche gelbe Haube mit Kinnband, die man auf den Bildern der Nürnbergerinnen jener Zeit bemerkt.

Als der französische Page einmal aus der Nähe des Ritters verschwand, löste sich eine der drei Nürnbergerinnen aus der Gruppe ab, schwebte leichten Fußes zu dem Ritter und sprach: „Schmeckt das fremde Konfekt?"

„Ohne Zweifel," antwortete der Ritter.

„Du wirst dir d'ran den Magen verderben."

„Und was geht das dich dumme Gans an?"

Die Worte wurden von dem Ritter in so drohendem Tone gesprochen, daß die Nürnbergerin eiligst entwich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201119-19/fragment/page=0002

...ute Fahrt im Auto zwischen Hier und Amsterdam. Die hohen Herren spielten ja keine Rolle. Sicher in Anerkennung geleisteter treuer Dienste wurde Herr Gruyter vor kurzem zum kaiserlichen Kommerzienrat ernannt, trotz der Abschaffung des Adels und der Titel. Wer die Ernennung vollzog, weiß ich nicht, aber in den Briefbogen war es zu lesen. Sicherlich war es auch Schiebung.

Soweit die Zuschrift. Sehr interessant ist jedenfalls die Feststellung, daß an der Spitze der Schieber das ehemals kronprinzliche Paar steht.

Die „B. Z. am Mittag" bestätigt, daß nach ihren Informationen die Mitteilungen der Hermann Müllerschen Interpellation richtig sind bis auf den Namensirrtum. Genosse Hermann Müller habe sein Material trotz strengster Geheimhaltung durch das Reichsfinanzministerium erlangt. Weiter teilt die „B. Z." noch mit:

Zu den Kunden des Bankhauses Gruisser u. Co. gehörten nicht nur Mitglieder des Hauses Hohenzollern und des früheren Hofstaates, sondern auch bekannte Namen aus der Berliner Industrie- und Handelswelt. Die Depots, die der Firma Gruisser u. Co. übergeben wurden und die zum Teil in fremden Valuten bestanden, wurden nicht immer unter dem richtigen Namen des Besitzers geführt, sondern unter Deknamen. Eines solchen Deknamens hat sich auch einer der bekanntesten deutschen Heerführer aus dem Weltkriege bedient. Die Summen, die auf diese Weise durch Gruisser ins Ausland, nämlich nach Holland, verschoben worden sind, belaufen sich tatsächlich auf mehrere hundert Millionen Mark.

Nach der „B. Z." ist es Gruisser gelungen, noch rechtzeitig die deutsche Grenze hinter sich zu bringen, obwohl ihm ein Kriminalkommissar auf den Fersen war. Ein Haftbefehl ist aber nur gegen ihn dagegen noch gegen keinen einzigen der Depotsinhaber erlassen worden. Haben wir es hier wieder einmal mit einem Versagen der Justiz zu tun, wie Genosse Heilmann es in der letzten Sitzung der Preußischen Landesversammlung charakterisiert hat?

Beginnender Gesundungsprozeß.

Vor einigen Tagen hat die in ihrer Mehrzahl aus Unabhängigen bestehende Berliner Gewerkschaftskommission den Beschluß gefaßt, sich auf den Boden der vom Betriebsrätekongreß beschlossenen Betriebsrätezentrale zu stellen. Dieser Beschluß bedeutet zugleich eine glatte Absage an die selbständige Betriebsrateorganisation in der Münzstraße, die noch vor gar nicht auszulangen Zeit trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zu den Gewerkschaften von diesen die Beteiligung von 100 000 Mark zur Finanzierung der Aktionen gegen die Gewerkschaften forderte. Er ist um so mehr zu begrüßen, als er gerade in dem radikalen Berlin gefaßt wurde, in dem alle jene Pläne ausgeheckt werden, die auf eine Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung hinauslaufen. Wir begrüßen ihn freudig als den ersten Schritt zur Gesundung der Arbeiterbewegung selbst. Wie notwendig es ist, gerade mit den Münzstraßen-Leuten zu brechen, hat recht deutlich die am letzten Sonntag von ihnen einberufene Betriebsräteversammlung in Berlin bewiesen, die zu einer wüsten Katzbalgerei der radikalen Elemente ausartete und dem deutschen Spießbürger wieder einmal den Beweis lieferte, wie sehr die Arbeiterschaft mit sich zu tun hat und wie wenig er von ihr zu fürchten braucht. Dem denkenden deutschen Arbeiter steigt, ob dieses Treibens, die Schamröte ins Gesicht, weil er erkennt, daß diese Leute nicht um seine Position gegenüber dem Bürgertum von Tag zu Tag mehr untergraben, sondern weil sie auch nichts unterlassen, um das Ansehen der deutschen Arbeiterschaft in der ganzen Welt herabzusetzen. Wir haben immer wieder unsere Parteigenossen zum entschiedenen Kampf gegen diese Art von Betriebsräten aufgefordert, deren Hochleistungen im Vortrage revolutionärer Phrasen liegt, die aber vom praktischen Leben und von dem in der momentanen wirtschaftlichen Situation gegebenen Möglichkeiten keine Ahnung haben. Wir sind wegen dieser Kampfansage nicht zuletzt von den Unabhängigen, und solange sie einig waren auch von den jetzigen Rechtsunabhängigen, heftig befehdet und als Verräter der Arbeiterschaft beschimpft worden. Der erwähnte Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission zeigt uns, wie recht wir hatten und wie falsch die Arbeiterschaft geraten war, soweit sie sich an den Aktionen der selbständigen Betriebsräteorganisationen beteiligte. Wir hoffen, daß das Berliner Beispiel Schule machen wird und daß man im ganzen Reiche die Schädlichkeit dieser Gewerkschaftsverräter erkennt.

Zu dieser Hoffnung ist man um so mehr berechtigt, als man erfährt, daß der Redakteur des Verbandsorgans der Angestellten, Paul Lange, unlängst auf einer Konferenz in Bremen erklärte, daß er gegen die Moskauer Thesen nunmehr energisch Front machen werde und derselbe jetzt aus der Kommunistischen Partei eben wegen ihrer, die Gewerkschaft zerstörenden Tendenz ausgetreten ist. Paul Lange war bekanntlich immer ein eifriger Verfechter der Moskauer Lehren und hat alles getan, um sie durch das ihm anvertraute Organ in die Massen zu schleudern. Seine Bekehrung zeigt, daß allmählich die Ernüchterung auch bei denen eintritt, die bisher alle, die nicht der K. P. D. angehörten, als Arbeiter und Kleinbürger verschrien.

Möge dieser noch in dem Anfangsstadium stehende Gesundungsprozeß weitere Fortschritte machen, dann braucht uns um die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht bange zu sein. Dann wird sie wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft die Macht sein, die in der Lage ist, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft nachhaltigst und mit Erfolg zu vertreten.

Die neue Internationale liegt schon im Sterben.

Wie bekannt, hatten die Schweizer zu einer internationalen Konferenz eingeladen, die alle die Parteien umfassen sollte, die weder von Moskau, noch von Amsterdam etwas wissen wollten. Es waren auch eine ganze Reihe Zusagen erfolgt, nur wollten die Engländer und Franzosen eine ganze Reihe Delegierte schicken, die eine führende Rolle gerade in der Amsterdamer, der zweiten Internationale, inne hatten. Daraufhin erhoben sich gewaltige Protststimmen und es wurde unter di sen Umständen von verschiedenen Seiten die Zurückziehung der Beteiligung angedroht. Jetzt kommt aus Bern die Nachricht:

„Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat beschlossen, den deutschen Unabhängigen die Verschiebung der internationalen Konferenz vom 5. Dez. vorzuschlagen. Sie sagte ferner den Beschluß, sich für den Fall, daß die Verschiebung nicht erfolgen würde, an der Konferenz nur zu beteiligen, wenn keine keinerlei Elemente der zweiten Internationale teilnehmen."

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol
100000 fach bewährt
Preis M 3.00
in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Drogerie Krüger, Lindenstr. 65, Drogerie Krüger Nachf., Königstr. 24, Drogerie Schütze, Fernburgerstr. 32.

Haltet den Dieb!

Das Breslauer Gewerkschaftshaus war am Sonnabend der Schauplatz einer großen Staatsaktion. Auf deutschnationale Denunziation wurde nach Waffen gesucht. Die Haussuchung war auf eine Aufforderung der interalliierten Kommission in Breslau durch den Entwaffnungskommissar angeordnet worden. Um 12 Uhr mittags erschien ein Polizeikommissar mit drei Offizieren der Entente, um den Auftrag auszuführen. Der Geschäftsführer empfing die Herren mit der Versicherung, daß ihre Mühe umsonst sein werde, denn das Gewerkschaftshaus birge keine Waffen. Trotzdem gingen sie ans Werk, und vom Garten und Keller angefangen wurden bis zum Dachboden hinauf alle Räume peinlichst durchsucht, ohne daß etwas gefunden wurde.

Da fiel ihr Blick auf das Konzertpodium des großen Saales und sie verlangten, daß es geöffnet werde. Der Geschäftsführer versicherte, daß auch dies keine Waffen berge. Da es aber befestigt ist, erhob er gegen ein Aufreißen des Fußbodens Einspruch. Die Breslauer Arbeiterschaft werde sich möglicherweise eine Beschädigung ihres Hauses nicht ruhig gefallen lassen, und die interalliierten Herren könnten in persönliche Gefahr kommen. Sie bestanden jedoch auf ihrem Entschluß. Schließlich erklärte der Geschäftsführer, daß er nur der Gewalt weichen werde, worauf ihm mit Gewalt gedroht wurde. Man holte darauf einen Tischlermeister, der den Fußboden aufreißen mußte. Doch vergebliche Liebesmüh! Auch das Podium barg natürlich keine Waffen. Für den verursachten Schaden wird von der Entente natürlich Wiedergutmachung verlangt. Der Geschäftsführer gab den Herren zuletzt den Rat, bei den deutschnationalen Denunzianten, den Studenten und den Rittergutsbesitzern der Umgegend ebenso genau nachzusehen, denn dort würden sie wohl Waffen finden, worauf sich die Herren nach vierstündiger Arbeit entfernten.

Revolutionsromantik und Massenbetrug.

In der „Freiheit" setzt sich Martow, der bekanntlich als Vertreter der russischen Menschewiken an dem häufigen Parteitag der Unabhängigen teilnahm, nochmals mit den Bolschewiken auseinander und behandelt hierbei interessante Fragen von „Glauben und Wissenschaft". Hierbei bekennt er sich leidenschaftlich zu der Forderung, dem Volke uneingeschränkt die volle Wahrheit zu sagen:

Ein revolutionärer Romantiker, der sich lediglich auf die subjektive Stimmung der Massen stützt, schlägt einen anderen Weg ein. Er fürchtet: wenn diese Stimmung nicht zur Erzielung eines maximal revolutionären Effektes ausgenutzt wird, könnte der richtige Moment verpaßt werden. Er muß deshalb die Illusionen der Massen aufrechterhalten, selbst wenn er sie innerlich nicht teilt; er muß die Massen vor dem Einfluß jener vorgeschrittenen Proletarier schützen, die diese Illusionen zerstören könnten, denn die Vernichtung dieser Illusionen bedeutet nach seiner Auffassung eine verbrecherische Lähmung des revolutionären Willens der Massen. Die wissenschaftliche Methode von Marx und Engels verpflichtet den Sozialisten zu der größten Wahrheitsliebe gegenüber seiner Klasse. Jede Religion jedoch, darunter auch die Religion des sozialen Wunders, setzt einen systematischen Betrug der Massen und einen Selbstbetrug der Priester voraus. Wo es einen religiösen Glauben der Massen gibt, dort ist auch ein Gaukelspiel der Priester vorhanden. Ohne innere, tief zerfressende Lüge in den Beziehungen zwischen den Führern und den Geführten, zwischen der Partei und den Massen, zwischen den oberen und unteren Schichten der Partei ist eine Bewegung unmöglich, die sich auf die Ausbeutung des blinden religiösen Glaubens der Massen stützt.

Wir sind der Ansicht, daß Martow die Führer der linksradikalen Bewegung und die Ethik ihrer Beweggründe wesentlich überschätzt. In der Masse des Volkes macht sich mitunter allerdings noch ein fast religiös anmutender Glaube in die Heilkraft der russischen Methoden geltend; ihre Führer und Wortmacher jedoch werden weniger von diesen, an sich durchaus edlen Gesichtspunkten geleitet, als von dem Willen zur Demagogie und zum Betrug der Massen.

Die Kinderhölle in Berlin.

Eine Erscheinung, die sich schon vor dem Kriege und auch während des Krieges dauernd bemerkbar machte, ist nach der Revolution besonders deutlich geworden: die Abneigung gegen Berlin. Die Gründe hierfür sind naheliegend: Berlin war und ist der Herd für zahlreiche Unruhen — wie es der Elektrikerstreik in den letzten Tagen bewiesen hat —, von Berlin ergossen sich die zahllosen Kriegs- und Nachkriegsvorschriften, die den Strom des wirtschaftlichen Lebens in ein nicht immer für alle bequemes Bett zu lenken suchten, und was der Gründe mehr sind. Demgegenüber erscheint es nicht unangebracht, auf die schwere Not hinzuweisen, der wohl Berlin an der Spitze aller deutschen Städte ausgesetzt ist. Dieser Tage erschien eine Schrift des bekannten radikal-pazifistischen Demokraten Graf Harry Keßler, der ein erschütterndes Bild von dem Berliner Kinderelend gibt. Wir entnehmen der Schrift einige besonders bemerkenswerte Ausführungen:

Den Umfang des Kinderelends ahnt man, wenn man hört, daß es am 29. September in Deutschland 730 000 Arbeitslose gab, und daß die Arbeitslosen heute nur einen Bruchteil der im Elend verkommenden Deutschen bilden. Der Direktor des Statistischen Amtes in Berlin-Schöneberg, Dr. Kuczinsky, hat berechnet, daß das Existenzminimum Groß-Berliner Familien von vier Köpfen heute 19 000 Mark beträgt und daß noch nicht 10 Prozent der Groß-Berliner Familien über dieses Einkommen verfügen . . . Reinlichkeit ist in den früher so peinlich sauberen Arbeiterfamilien ein Luxus geworden, um den sie mit Verzweiflung ringen müssen. Ergreifend ist, wie trotzdem fast überall dieser Kampf geführt wird, und wie über dem durchbrechenden Elend in so vielen dieser traurigen Zimmer ein jammerlicher Schimmer früherer Sauberkeit und Behaglichkeit fortbesteht.

Es gibt heute in der Charité fünfmal so viel Kinder mit Tuberkulose und Rachitis, wie vor dem Kriege. Auch sind die Fälle gleichzeitig viel schwerer geworden; vor dem Kriege war die Hälfte leicht, jetzt sind drei Viertel sehr schwer. So endet in diesen tragischen, unendlich rührenden und hilflosen Kleinen, deren Leiden nur ein Dostojewsky schildern könnte, das einst so kräftige, so schaffensfreudige deutsche Arbeitervolk.

Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um wenigstens die Kinder zu retten. Wenn von den ungeheuren Ausgaben, die in den Schieberbars und Tanzpalästen des Westens gemacht werden, nur ein kleiner Prozentsatz freiwillig oder durch eine besondere Besteuerung der Rettung der Kinder zugeführt würde, so würden schon Summen herzukommen, von denen sich etwas wenigstens der Quäkerspeisung hinzufügen ließe, etwas auch für die Bekleidung und die Reinlichkeit der im Elend umkommenden Bevölkerung Berlins.

Wer außerhalb der Hauptstadt einen Einblick in das furchtbare Elend des Berliner Proletariats gewinnt, wird vielleicht in den Anklagen gegen Berlin gerechter werden und mehr Objektivität zeigen, als dies leider bisher meist der Fall war.

Inland.

Trotz allem deutsch!

Ein Stimmungsbild aus Danzig.

Zur Festtagsstimmung, die in Genf durch den Völkerbund ausgelöst werden soll, paßt schlecht die Stimmung der Danziger, die soeben in einen geisselten „Freistaat" gestellt worden sind. Ein Danziger Parteifreund sendet dem „Vorwärts" dazu diese Zeilen:

Am 15. November traten im festlich geschmückten Genf die Vertreter einer Reihe von Völkern zusammen, um die erste Sitzung des Völkerbundes in feierlicher Weise zu eröffnen. Frieden, Recht und Selbstbestimmung soll von nun an gelten. Auch der Danziger Freistaat wird heute durch Proklamation gegründet. In feierlicher Handlung wird im Danziger Volkstag das Bestehen des Freistaats verkündet. Nicht auf Wunsch der Bevölkerung, sondern auf Machtspruch von Fremden zum Nutzen des imperialistischen Staates Polen. Diesen Tag als Festtag zu begehen, wird für jeden Danziger und Deutschen unmöglich sein. Die Sieger, die das Selbstbestimmungsrecht auf ihre Fahnen geschrieben hatten, teilten Deutschland in vier Teile und setzten den einen der Willkür Polens aus.

Unser Freistaat gleicht einem Hause, das Zwangseinquartierung erhalten hat. Der neue Mitbewohner darf sogar des Hausherrn Gerätschaften, wie die Eisenbahn, in seinen ausschließlich in Besitz nehmen. Der Mieter darf den Hafen mitbenutzen, und wenn der Besitzer übermütige Ansprüche ablehnt, ruft der Pole den Völkerbund um Hilfe an. In die Töpfe der Zoll- und Schiffahrtsbehörde kann er Einblick nehmen, Aenderungen u. a. m. verlangen. Militär steht dem aufdringlichen Mitbenutzer des Freistaathauses zur Seite. Der Hausherr ist machtlos. Unwürdig wäre er aber, wollte er alles widerspruchslos hinnehmen. Das Selbstbestimmungsrecht ist ihm genommen, er muß es stets wieder zurückverlangen.

Ein Weg zum Meer wäre auch ohne Unterjochung von Menschen des Polen möglich gewesen. Weichsel und Eisenbahn sind gut eingeführte Wege. Dem Bau einer besonderen Bahn stand nichts entgegen. Wir wollen selbstredend freundnachbarlichen und wirtschaftlichen Verkehr pflegen; es brauchte deshalb Deutschland nicht geteilt werden. Der Wunsch nach Wiedervereinigung wird bestehen bleiben, er wird gefördert durch das zügellose Begehren der Polen, durch die fortgesetzten Verhaftungen, Ausweisungen Deutscher und vieles andere mehr.

Die alte preußische Politik wird dank der Revolutinn nicht mehr fortgesetzt. Wir können für die Fehler der früher Herrschenden nicht verantwortlich gemacht werden. Uns ist von der Entente der Vorwurf gemacht worden: „Warum habt Ihr den Regierenden gehorcht?" Heute können wir erwidern: „Begeht Ihr nicht Unrecht? Sollen wir Euch gehorchen?"

Eine Weltregierung ist erstanden. Ihre erste Tat ist die Vernichtung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen und die Unterjochung Danzigs unter fremden Willen. Solch ein Geschehen kann Festesstimmung nicht hervorrufen. Wehmut ist jetzt jedes aufrechten Menschen Durchbeben. Eine Feierlichkeit ist geht von ihm aus, wenn er bekennt: „Ich fühle trotzalledem deutsch!"

Memel für Wilna.

Memel, 18. Nov. Die „Voss. Ztg." bringt eine Meldung zu jener Nachricht, derzufolge Pilsudski und Zeligowski mit Memeler führenden Großlitauern über die Abtretung des Memelgebietes an Litauen im Austausch für Wilna verhandelt hätten, erfährt ein Vertreter des Memeler Dampfbootes, der sich an den Gouverneur Odry gewandt hat, folgendes: Ueber die strittige Frage zwischen Zeligowski und Litauen kann einzig und allein der Völkerbund entscheiden, während das Schicksal des Memeler Gebietes von der Entscheidung des Obersten Rates in Paris abhängt. Die eine Frage hat nichts mit der anderen zu tun. Die verschiedenartigen Tendenzmeldungen, die in den letzten Tagen verbreitet wurden, sind ganz unglaubwürdig. Die Memeler litauische „Taryba" ist als Privatorganisation zu bezeichnen. Auch wenn sie derartige Abmachungen getroffen hätte, würden diese ohne Bedeutung sein. Hier ist nichts von einem angeblichen Beschluß des Obersten Rates bekannt, daß ein Austausch des Memel-Gebietes für Wilna in Aussicht genommen sei.

Ausland.

Das neue belgische Kabinett.

Der sozialistische Kongreß, der die Frage der Militärdienstzeit und den Vorschlag, die Dienstzeit anstatt auf sechs Monate auf zehn Monate festzusetzen, zu beraten hatte, hat sich für eine Dienstzeit von zehn Monaten ausgesprochen, d. h. unter der Bedingung, daß die Partei die Freiheit behält, ihre Propaganda für die sechsmonatige Dienstzeit fortzusetzen. Die Beteiligung am Kabinett von sozialistischer Seite ist also gesichert. Es wurde 340 Stimmen für eine Dienstzeit von zehn Monaten und 22 Stimmen für eine von sechs Monaten abgegeben. 14 enthielten sich der Abstimmung. Man erwartet folgende Kabinettszusammenstellung: Ministerpräsident und Inneres: Carton de Wiart (Kath.); Justiz: Vandervelde (Soz.); Finanzen: Theunis (Lib.); Wirtschaft und verwüstete Gebiete: van de Byvere (Kath.); Kolonien: Franck (Lib.); Eisenbahnen: Lemonier oder ein liberaler Beamter; Kunst und Wissenschaft: Delsire (Soz.); Landwirtschaft Baron Ruzette (Kath.); Landesverteidigung: Devèze, Royers oder Janson; Industrie und Arbeit: De Vouters (Soz.); Oeffentliche Arbeiten: Anseele (Soz.).

Aus Böhmen.

Prag, 18. Nov. „Tribuna" meldet, daß es im 5. Bezirk zu wüsten antisemitischen Ausschreitungen gekommen sei, an denen sich auch Angehörige der Intelligenz beteiligt hätten. — „Pravo Lidu" schreibt, daß in Prag ein Zentrum bestehe, das die nationalistischen Massen nach einem verabredeten Zeichen zu einem ganz bestimmten Zweck aufgereizt habe. Die kapitalistische Reaktion habe die Wirren hervorgerufen, um so dem Absolutismus heranzubeschwören.

Wrangel in Konstantinopel.

London, 18. Nov. „Times" melden aus Konstantinopel, daß dort 20 000 Soldaten der Armee Wrangels eingetroffen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201119-19/fragment/page=0003

seien. Wie ein griechischer Augenzeuge, der bis zum letzten Augenblick bei General Wrangel weilte, aussagt, haben die Truppen Wrangels, besonders die Kavallerie, mit großem Heldenmut gekämpft, sodaß die Räumung vollzogen werden konnte, obwohl die Bolschewisten mit übermächtigen Kräften angriffen.

Eisenbahnerstreik in Tirol.

Frankfurt a. M., 18. Nov. Der „Franks. Ztg." zufolge ist der Eisenbahnverkehr von Bayern auf den nach Innsbruck führenden Linien eingestellt worden, da die Eisenbahner von ganz Tirol wie angekündigt, den Generalstreik erklärt haben.

Gewerkschaftliches.

AfA-Vorstände-Konferenz.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (AfA-Bund). Am 6. und 7. November tagten die Gesamtvorstände aller an die AfA angeschlossenen Verbände in Berlin im Festsaal des früheren Herrenhauses, um in mehrstündigen eingehenden Beratungen die Richtlinien für die künftige Reorganisation des freigewerkschaftlichen Kartells festzulegen. Auf Grund der für das AfA-Programm und die Satzung gefaßten Beschlüsse wird eine Satzungskommission in kürzester Frist eine Vorlage ausarbeiten, deren endgültige Sanktionierung auf einem für das Frühjahr 1921 vorgesehenen AfA-Gewerkschaftskongreß erfolgen soll.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) war auf der Vorstände-Konferenz durch seinen Sekretär Fimmen aus Holland vertreten, der in einer Aussprache das Bekenntnis der AfA zum IGB. freudig begrüßte. Er zeichnete in kurzen Zügen den künftigen erweiterten Aufgabenkreis der freien Gewerkschaften und stellte den baldigen organisatorischen Anschluß der AfA an den Internationalen Gewerkschaftskongreß in Aussicht.

Mit Rücksicht auf den engeren Zusammenschluß der AfA-Verbände, wie er nunmehr bevorsteht, hat die Vorstände-Konferenz beschlossen, den bisherigen Namen „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände" abzuändern in:

„Allgemeiner freier Angestelltenbund (AfA-Bund)."

Die Konferenz nahm ferner Stellung zur Frage der Arbeitsgemeinschaften (Zentral-Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands). Nach eingehender Aussprache wurde nachstehende Entschließung gefaßt:

„Die Vorstände-Konferenz der AfA erklärt sich nach wie vor bereit, im Interesse der Allgemeinheit an dem Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuwirken. Die zur besseren Durchführung der Demobilisierungsmaßnahmen geschaffenen Arbeitsgemeinschaften haben durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen, daß sie nicht imstande sind, die Regelung der Wirtschaft im Interesse des gesamten Volkes durchzuführen. Die Arbeitsgemeinschaften haben nicht vermocht, Unternehmer von willkürlicher Stillegung volkswirtschaftlich notwendiger Betriebe abzuhalten. Ebenso hat sich gezeigt, daß trotz der Arbeitsgemeinschaft die Betriebsdemokratie, die gleichberechtigte Mitbestimmung der Angestellten- und Arbeiterräte in den Betrieben, mit allen Mitteln von den Arbeitgebern bekämpft werden. Auch nur zu einer Milderung der Arbeitskämpfe haben die Arbeitsgemeinschaften nichts beitragen können, selbst Schiedssprüche sind fast ausnahmslos von den Arbeitgebern nicht anerkannt worden. Es hat sich bestätigt, daß mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften die Umwandlung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in die Gemeinwirtschaft nicht zu erreichen ist. Die Vorstände-Konferenz beauftragt deshalb den Vorstand der AfA, unverzüglich mit dem A.D.G.B. in Verbindung zu treten, um den gemeinsamen Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften zu bewirken."

Zu dem weiteren Punkt der Tagesordnung „Sozialisierung des Bergbaues" gelangte die Konferenz zu folgender Stellungnahme:

„Die Vorstände-Konferenz der AfA erblickt die Ursachen des wachsenden Elends der arbeitenden Bevölkerungsschicht im kapitalistischen Wirtschaftssystem und im Friedensvertrag von Versailles. Alle Versuche, den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft unter Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Eigentumsrechte vorzunehmen, müssen von der freigewerkschaftlich denkenden Angestelltenschaft mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Die Konferenz ruft vielmehr die Arbeiter und Angestellten auf, ihre ganze organisatorische Macht für die Verwirklichung des Sozialismus einzusetzen.

In diesem Bestreben haben sich die freien Gewerkschaften in den kommenden Wochen und Monaten vor allem auf den Kampf um die Vollsozialisierung des Bergbaues zu konzentrieren. Die Vorstände der AfA-Organisationen stellen sich auf den Boden des Vorschlages I der Sozialisierungskommission und erheben schärfsten Protest gegen die vom organisierten Unternehmertum eingeleiteten Versuche, den Sozialisierungsgedanken im privatkapitalistischen Sinne umzubiegen. Diese offensichtlichen Verhinderungsversuche der Sozialisierung im Bergbau zwingen die freien Gewerkschaften, unverzüglich die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um die Ueberführung der Kohle in den Besitz der Allgemeinheit mit allen gewerkschaftlichen Mitteln herbeizuführen."

Wählbarkeit der Frauen zu Beisitzern bei Kaufmanns- und Gewerbegerichten.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Pressäußerungen, die in letzter Zeit aus Anlaß der Beratung des Entwurfs einer Notverordnung zur Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte erfolgt sind, könnten den Anschein erwecken, als ob die Reichsregierung die Absicht habe, die Frauen von der Wählbarkeit zu Beisitzern bei Kaufmanns- und Gewerbegerichten allgemein auszuschließen. Das ist, wie dies bei der Beratung vom Regierungsvertreter mehrfach betont wurde, nicht der Fall. Vielmehr soll diese grundsätzliche Frage in dem Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes, der sich in Bearbeitung befindet und voraussichtlich bald den gesetzgebenden Körperschaften zugehen wird, ihre Erledigung finden. In der Notverordnung, die durch den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft veranlaßt wurde, konnte die Frage der Wählbarkeit von Frauen aus rechtlichen Gründen nicht geregelt werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

Danzigs Verfassung mit Abänderungen vom Völkerbund genehmigt.

Danzig, 18. Nov. Heute ist hier von der Danziger Delegation in Genf folgendes Telegramm eingegangen: Mittwoch abend hat der Rat des Völkerbundes die Verfassung genehmigt unter der Bedingung der Abänderung in acht Nebenpunkten. Außerdem muß die Verfassung die Bestimmung enthalten, daß die freie Stadt nicht als militärische oder Marinebasis dienen darf und keine Festungswerke errichten. Ferner ist entschieden, daß Polen gegebenenfalls vom Völkerbund den Auftrag erhält, die Verteidigung der freien Stadt zu sichern. Die ständige Militärmission des Völkerbundes ist beauftragt, Maßnahmen zu prüfen, um die Verteidigung Danzigs möglichst wirksam zu sichern.

Die englische Arbeiterpartei entsendet Delegierte nach Irland.

London, 18. Nov. (Reuter.) Die englische Arbeiterpartei hat ein Manifest veröffentlicht, in dem sie energisch für ihre Vorschläge zur Lösung der irischen Frage eintritt. Die Arbeiterpartei ist bereit, Irland jede von ihm gewünschte Verfassung zu gewähren. Die Partei entsendet einen Ausschuß nach Irland, um eine Untersuchung über die dortigen Methoden der britischen Regierungspolitik anzustellen.

Anerkennung von Privatschulden durch Sowjetrußland.

Paris, 18. Nov. Nach einer Matin-Meldung aus London hat die Sowjetregierung erklärt, sie werde alle privaten Schulden an England anerkennen. Nach einer eingehenden Schätzung sei die Höhe der Schulden auf 421 000 Pfund Sterling festgesetzt worden. Ueber die Art der Rückzahlung wird noch verhandelt.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lange; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil R. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle Gr. Ulrichstr. 27.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Armee-Konserven mit reichlich Fleisch, Reis, Trockenei und Brätfett in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78 501—84 500 vorm. von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person aller Haushalte eine Dose Armee-Konserven mit reichlich Fleisch zum Preise von 6,50 Mk., ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mark und 200 Gramm Brätfett zum Preise von 5 Mk. für 200 Gramm abgegeben werden. Abgezähltes Geld in bereit zu halten.

Bitterfeld

Bekanntmachung.

Der Reichsminister der Finanzen hat zur Vorbereitung der Veranlagung zur Einkommensteuer für die Rechnungsjahre 1920/21 die Personenstandsaufnahme gemäß § 167 der Reichsabgabenordnung angeordnet.

Für die Eintragungen in die zur Ausgabe gelangenden Wohnungslisten ist der Stand vom 15. November 1920 maßgebend.

Mit der Durchführung der Personenstandsaufnahme sind die Gemeindebehörden betraut worden.

Der Magistrat hat für den Bezirk der Stadt Bitterfeld Beamte beauftragt, die die Wohnungslisten den zuständigen Wohnungsinhabern (Hausverwaltungsvorständen) behändigen und an einem noch zu bestimmenden Tage ausgefüllt wieder abnehmen werden.

Nähere Auskünfte und Anweisungen werden die mit der Aufnahme beauftragten Beamten erteilen können.

Es wird noch auf § 202 der Reichsabgabenordnung hingewiesen, wonach gegen Säumige mit Zwangsmittel vorgegangen werden kann.

Bitterfeld, den 15. November 1920.

Der Magistrat. Schmidt. Lamscha.

Neu aufgenommen!

In meinem Schaufenster sind

Schürzen und Damenwäsche

ausgestellt. Ich habe besonderen Wert auf beste Verarbeitung, solideste Stoffe und gute Zutaten gelegt. Anerkannte Preiswürdigkeit zeichnen alle von mir geführten Fabrikate aus.

Keine Personalspesen!

Billigste Preisberechnung!

Otto Wirth,
Merseburg,
Am Neumarktstor 1.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Wir kaufen

zu ständig. hoh. Preisen Rohprodukte all. Art:
Wolle,
Lumpen,
Papier,
Eisen,
Felle usw.

Treten mit jeder Konkurrenz an.

Günther & Co.,
Fell- und Rohproduktenhandlung.
Halle (S.), Graseweg 8. Tel. 6130

Bote auf Wunsch sofort ab.

Leipziger Tabakhaus Halle (Saale)
LETACO G. M. B. H.

Hauptgeschäft:
Mauerstr. 1, Ecke Steinweg :-: Telephon 4721.

Sonnabend Eröffnung
unserer beiden **Filialen.**
Triftstrasse 5, Ecke Gosenstrasse und
Kohlschütterstrasse 1, Eingang Reilstr. (gegenüber der Kaserne)

Zu verkaufen

Kinderwagen z. verk. Fritzsche, Thomasiusstr. 47.

Kaufgesuche

Bett- und Leibwäsche
kauft stets zu annehmbaren Preisen
Frau Hornickel,
Gr. Klausstr 19, Ecke Domstr.
Telephon 4314.

Hasenfelle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebrüder Danglowitz
Fellhandlung.
Fischerplan 2.

Vermischtes

Dreifrucht-Marmelade
Aepfel, Himbeeren, Pflaumen.
Weißenfelser Marmeladenfbr.
Ledenve. kauf: Jüdenstr. 27.

Dauerhafte
Portemonnaies
in prima Leder u. jeder Ausführung sehr preiswert
Lederwaren-Spezialgeschäft
H. Krasemann
nur Schmeerstr. 19.

Wo? bekommen Sie für wenig Geld einen gutsitzenden Anzug u. Paletot? Nur bei O. Heimsath & Sohn, Sieg 19.

Frauen
Nicht verzweifeln bei Regelstörung, Blutstockung. Mein erprobtes wirksames unschädliches Spezialmittel hilft sofort ohne Berufsstörung. Garantie in jedem Falle. Geld zurück. Auch Sie werden mir dankbar sein. Verlangen Sie noch heute unsonst Prospekt Nr. 13 von P. Schwärecke Hettstedt.

In keinem Arbeiter-Haushalt sollte die **Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek** von Dr. med. Zadek fehlen.
Preis für jedes Heft 1.45 Mk.
Verlangen Sie Verzeichnis.
Buchhandlung der **Volksstimme**
Gr. Ulrichstraße 27.

Achtung! Steuerabzug!
Datumsstempel zum Entwerten von Steuermarken, Invalidenmarken usw. sowie auch alle anderen Stempel liefert prompt und preiswert die
Buchhandlung der Volksstimme.

Zahle für

Hausiumpen unsort.	kg	1.50—2.— M.
Strumpfwolle	„	13.00 „
Bücher u. Zeitg.	„	1.20 „
Knochen	„	0.80 „
Blei	„	4.00 „
Hasen (Winter)		12.00 „
Ziegen	bis	80.00 „
Kanin	kg	24.00 „

Eisen, Metalle zu höchsten Preisen.
Albert Bode jr.
Gr. Klausstr. 22. Telefon 2216.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 20. Nov., Anf. 7½, Ed. g. 10½ Uhr: **Frühlings Erwachen.**
Sonntag abend 6 Uhr: **Tannhäuser**

Apollo-Theater
tägl. 7½
Infolge Unfall von Fanny Köbe:
Die Frau im Hermelin
In Vorbereitung:
„Die närrische Liebe"
Optle. v. L. Jessel. Komponist O. Schwarzwaldmärchen

Deutscher Metallarbeiterverband
Ortsgruppe Mücheln und Umgegend
veranstaltet
Sonnabend, den 20. Nov. 1920 im Schützenhaus zu Mücheln ein
Vergnügen.
Anfang abends punkt 7 Uhr. Einlaß nur gegen Vorzeigung des Mitgliedausweises oder Einladungskarte gestattet.
Die Ortsverwaltung.

Kurt Litzenberg
Abt. Verkaufsstelle
Gr. Steinstr. 11
Telefon 4025.
Eigene Erzeugnisse in Beleuchtungskörpern, Kochern, Plätten, Oefen in großer Auswahl billigst.

Eine für jeden Arbeiter u. Angestellten erschwingliche Ausgabe sind die preiswerten und guten Bände der
„Bibliothek aller Völker"
von nur guten Schriftstellern:
Bd. 1. Theodor Storm, Immensee.
Bd. 2. Leo Tolstoi, Die Kreutzersonate.
Bd. 3. Honoré de Balzac, Die Geheimnisse der Prinzessin Cadignan.
Bd. 4. Adalbert Stifter, Der Hochwald.
Bd. 5. Björnstjerne Björnson, Absaloms Haar,
Bd. 6. Theodor Storm, Der Schimmelreiter.
Jeder Band nur M 2.20.
Verlag der Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu mäßig. Preisen
Gottlr. Schraut,
Uhrmacher
nur Schmeerstr. 4.

Solbad Fürstenhalle
Robert-Franzstr. 18
stark radiumhalt. Schwefel- Moor- u. medizinisches Bad

Billige Emaille

Zink-Eimer
28 cm **16**85
Emaille-Eimer
28 cm **9**85 **13**85
Schmortöpfe
grau und neublau.
7 95 12 85 17 85 20
Sobel,
Gr. Ulrichstr. 5
Steinweg 45,
Reilstr. 1,
Ammendorf,
Bahnhofstr. 3,
Cöthen,
Schlaunischestr. 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201119-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Bezirksvorstandssitzung. Heute, Freitag, abend 6 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus.

Beamtenverbandsausschuß der S. P. D. Heute abend 8 Uhr Wilsdorfs Gesellschaftshaus Versammlung sämtlicher Obleute u. Vertrauensmänner.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 19. November 1920.

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Die technischen Angestellten des Städtischen Wohnungsamtes wenden sich mit einer Petition an die Stadtverordnetenversammlung in der sie darum ersuchen, von der Besetzung der Stelle eines technischen Leiters abzusehen und dafür die Stadt in vier Bezirke zu teilen je einem selbständigen Techniker an der Spitze einzurichten. Das Gesuch wurde abgelehnt, weil man sich nicht davon überzeugen konnte, daß der Vorschlag zweckmäßig war.

Ein vom Verband deutscher Buchdrucker vorgelegtes Gesuch bezweckt die Vergebung der städtischen Druckarbeiten, auch der durch Nachdruck herzustellenden, an hallische Firmen. Dem Gesuch wurde stattgegeben; es soll dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werden, jedoch nur soweit, als es sich um Arbeiten handelt, die sich nicht in eigener Regie herstellen lassen und die hiesigen Firmen nicht teurer sind, als auswärtige. Berücksichtigt werden nur Firmen werden, die der Tarifgemeinschaft angehören.

Die weiteren Vorlagen wurden vertagt.

Schulung der Betriebsräte.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände hat für alle die Aufgabe übernommen, trotz der bestehenden außerordentlichen Schwierigkeiten die Schulung der Betriebsräte unter allen Umständen durchzuführen.

Am Bußtag vormittag fand der zweite Vortrag der Genossin Sender-Frankfurt a. Main statt. Der erste Vortrag hatte einen außerordentlichen schwachen Besuch gezeigt, da die Anhänger der W. A. O. alles versucht hatten, um die Betriebsräte am Besuche der belehrenden Vorträge abzuhalten. Der Besuch am Bußtag zeigte jedoch, daß unter den Betriebsräten der Kreis, sich das für die Aufgaben der Betriebsräte notwendige Wissen anzueignen, sich nicht binden läßt und die Veranstalter der Vorträge sich auf dem richtigen Wege befinden. Genossin Sender sprach über „Grundlagen der Produktionskontrolle". Sie ging einleitend auf die Vertrustung der deutschen Industrie ein und behandelte besonders eingehend die Familien-Truste Haniel, Röchling und Stinnes. Der letztere Konzern habe inzwischen die Verbindung mit den mächtigen Siemens-Schuckert-Konzern der Elektro-Industrie aufgenommen. Die Unternehmer führten jetzt die vertikale Gliederung von der Rohstoff- bis zur Verfeinerungsindustrie durch. Die Fangarme der neugeschaffenen Trusts seien aber noch weiter an der Arbeit und es ständen noch neue Verbindungen bevor. Die Referentin verwies auch auf die für Mitteldeutschland besonders interessanten Vorgänge in der chemischen Groß-Industrie. Abgesehen von der Gefahr, die dem deutschen Wirtschaftsleben durch die Maßnahmen der Unternehmer entstehen, müsse hierdurch auch die Arbeiten der Betriebsräte in bezug auf die Produktions-Kontrolle erschwert. Die Betriebsräte müßten diesen Vorgängen genaueste Beachtung schenken, damit sie in der Lage seien, von dem Einzelunternehmen aus auf das Gesamtunternehmen zu schließen und sie müßten sich deshalb Einblick in die gesamten Wirtschaftsvorgänge verschaffen. Auch die Gefahr der Auslandsfremdung der deutschen Industrie wurde von der Referentin eingehend auseinandergesetzt mit dem Hinweis, daß selbst Betriebsräte in Verbindung dieser Gefahr mit dazu beigetragen haben, die Ueberfremdung zu unterstützen. Genossin Sender besprach dann eingehend den von Stinnes gemachten Vorschlag, der der Forderung nach Vollsozialisierung entgegenarbeiten soll und wies auf die Arbeiten der Siebenerkommission in Essen in der Sozialisierungsfrage hin. Sie forderte die Mitarbeit der Betriebsräte und zwar nicht nur in der Form, wie sie im Betriebsrätegesetz vorgesehen ist, sondern die Betriebsräte müßten sich entschließen darüber hinaus die Unterlagen durch Mitarbeit aller im Betrieb tätigen Arbeiter und Angestellten zu beschaffen, die notwendig seien, um eine Kontrolle der Produktion durchzuführen. Wenn durch das künftige Gesetz die Betriebsräte Einsicht in die Betriebsbilanz erhalten, müßten sie bei Beurteilung der Bilanz vor allen Dingen die vom Unternehmer geschaffene Rohbilanz mit berücksichtigen. Insbesondere müßten die im Betriebe üblichen Wochenberichte, die Lagerbücher und ähnliche Unterlagen mit dazu dienen, um den Betriebsrat eingehend über die Vorgänge im Betriebe zu unterrichten. Die Betriebsräte dürften sich nicht als außerhalb der Kollegenschaft stehend betrachten, sondern sie müßten jeden brauchbaren Kollegen als Mitarbeiter heranziehen. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Anwesende im Sinne der Referentin aus und gaben Verhältnisse der Betriebe bekannt. Keiner der Diskussionsredner war sich im Zweifel darüber, daß die dem Betriebsrat allseitigen Riesenaufgaben nur in engster Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gelöstet werden könnten. Die Genossin Sender legte auch hierauf in ihrem Schlußwort nochmals besonderen Wert und konnte unter starkem Beifall aller Anwesenden aussführen, daß radikal im Sinne der revolutionären Bewegung nur der ist, der versucht, den Betriebsräten der gesamten Arbeitnehmerschaft das Wissen zu vermitteln, das in den Stand setzt, dem Uebel an die Wurzel zu gehen. Es ist dabei notwendig, daß wir imstande sind, die wirtschaftlichen Vorgänge und die Vorgänge im Lager der Unternehmer in ihrer vollen Auswirkung zu überschauen. Diese Klarheit setzt uns in den Stand, den Kampf in der richtigen Weise zu führen. Wer die Bedeutung der Vorgänge im Wirtschaftsleben unterschätzt, wer die planvolle Arbeit der, nicht nur die Kohle-, Eisen-, Stahl- und die Veredelungs-Industrie Beherrschenden, sondern auch durch den Auf- und der Presse die Geister beeinflussenden Arbeitgeber nicht einwandfrei versteht, ist zur Führung des Kampfes nicht in der Lage. Das Verhältnis zwischen Führer und Masse müsse wieder das Gleiche werden wie vor dem Kriege. Der Führer solle auch in diesem, das Wissen vermittelnden Vorträgen nicht nur der Gebende sein, sondern er müsse auch aus den Kreisen der Arbeitnehmer Anregungen empfangen, die ihn in den Stand setzen, aus dem Wissen und im praktischen Leben stehenden zum Nutzen der Allgemeinheit ein Wissen zu vertiefen. Mit einem Appell, in diesem Sinne die Arbeit fortzuführen, schloß die Referentin.

Am Donnerstag, den 25. November sprcht Herr Professor Boerges, Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Halle, abends 8 Uhr im Volksparl über Mitbestimmungsrecht. Diesem Vortrag folgt ein weiterer über die Gesellschaftsformen der Unternehmen (Aktiengesellschaft, G. m. b. H., Kommandit-Ges., Genossenschaftswesen usw.). Im Dezember hat Genossin Sender den dritten Vortrag zugesagt. Die weiteren Veranstaltungen für die auf dem Boden des A. D. G. B. und der Afa stehenden Betriebsräte werden noch bekanntgemacht.

Vorschläge und Wünsche über weitere Kurse mögen die Betriebsratsmitglieder an die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Halle, Riemeyerstraße 16 I. richten.

Ein übles Blatt

versucht neuerdings auch in Halle Abonnenten zu fangen. Es ist „Die Tribüne"; Unabh. revolutionäre Wochenschrift für Volksaufklärung, wie sich dieses Machwerk hochtrabend benennt. Vor uns liegt ein Exemplar davon. Die äußerliche Aufmachung des Blattes für Volksaufführung ist aber ganz und gar nicht revolutionär, sondern im Gegenteil allerübelster Abklatsch rein kapitalistischer Zeitungen. Die Leute haben durchaus amerikanische Manieren und wissen offenbar recht gut, wie man Dumme fängt. Mit faustdicken Lettern am Kopf der Zeitung werden folgende Produkte einer gereizten Phantasie zur „Volksaufklärung" verkündet: **Belagerungszustand. — Der Diktator von Berlin. — Kommunistenanschlag gegen Deutschland. — Der Untergang Europas usw.** Hierzu werden alle, welche nicht zu den politischen Wickelkindern gehören, bereits erkennen, daß es die „Tribüne" mit ihrer revolutionären Wirkung weniger auf die Köpfe als auf die Taschen der lieben Mitmeit abgesehen hat.

Arbeiter-Jugend.

Heute abend 1/2 8 Uhr findet im Mozartheim (Guttempler-Heim), Weidenplan, eine

öffentliche Jugendversammlung

statt.

Gen. K. Gerbe spricht über die Forderungen und das Ziel der Arbeiterjugendbewegung.

Jedermann, auch Mitglieder anderer Jugendorganisationen, sowie die Jungsozialisten, sind dazu eingeladen.

Genossinnen und Genossen werbt für guten Besuch.

Der Vorstand.

Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtverordneten, Montag, den 22. Nov. 1920, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Miesen einer Wohnung. 2. Nachbewilligung für das Alters- und Pflegeheim. 3. Umlegung des Pflasters im Alters- u. Pflegeheim. 4. Beschaffung eines Böttichs für das Alters- und Pflegeheim. 5. Instandsetzung des Daches der Ulrichskirche. 6. Beitritt zum Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt. 7. Nachbewilligung für das Gaswerk. 8. Staffelung der Gas- und Wasserpreise usw. 9. Beitritt zur Nebenprodukten-Verwertungsgesellschaft für Gaswerke. 10. Nachbewilligung für die Wasserwerke. 11. Nachbewilligung für Kap. XV A II 1 des Hauptetats. 12. Uebergang der Trotzdorf gemeinschaftlichen Anlagen in städtisches Eigentum. 13. Vermietung des Eckladens im Rathause. 14. Antrag auf Fortbildung schwachbegabter Kinder. 15. Entlastung der Rechnung der Bethe-Lehmann-Stiftung 1916. 16. Desgl. der Sparkasse 1916. 17. Desgl. der Sparkasse 1917. 18. Desgl. der Stiftung Adelheidsruh usw. 19. Desgl. der Gaswerke 1915. 20. Desgl. der kaufmännischen Fortbildungsschule 1918. 21. Desgl. des Kämmereifonds VI—XVII. 22. Desgl. des Riebeckschen Lies 1916. 23. Entschließungen des Elternbeirats der Sprachbehindertenklassen. 24. Beschwerde über den Ausschluß von Tarifverhandlungen. 25. Gesuch um Unterstützung des Kinderschutzverbandes. 26. Gesuch der ständig Angestellten um Gehaltserhöhung. 27. Gesuch der Kriegsbeschädigten betr. Straßenbahnbenutzung. 28. Gesuch betr. Druckaufträge. 29. Gesuch betr. Einteilung der technischen Abteilung des Wohnungsamtes. 30. Gesuch um Bereitstellung von Kartoffelacker. 31. Gesuch um Zuweisung einer Wohnung. 32. Gesuch um Zurücknahme einer Kündigung. 33. Beschwerde über das Wohnungsamt. 34. Beschwerde über das Mieteinigungsamt.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Keil.

Freier Sängerchor Halle. Die Sangesbrüder werden hiermit darauf hingewiesen, daß unsere Veranstaltungen und Zusammenkünfte **jeden Mittwoch** in der „Volksstimme" unter **Vereins-Anzeiger** bekannt gegeben werden. Heute abend 8 Uhr Singstunde in „Stadt Dresden". Sonntag früh 1/2 9 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus Begrüßung der Bezirkskonferenz. Erscheinen aller Sangesbrüder wird erwartet.

Deutscher Rentnerbund, Ortsgruppe Halle und Umgebung. Die diesmonatliche Mitgliederversammlung fand in der Aula des Stadtgymnasiums statt und hatte sich eines außerordentlichen starken Zuspruchs zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Geschäftsführer und erster Vorsitzender, Herr Robert Somburg, drei verstorbenen Mitgliedern einen ehrenvollen, warmen Nachruf. Alsdann berichtete er über die Generalversammlung des gesamten Rentnerbundes in Berlin, sowie über die Provinzialverbands-Versammlung in Halle, woraus hervorging, daß die Notlage der kleinen und mittleren Rentner überall im ganzen Reiche vorhanden ist und immer schlimmer wird, daß aber andererseits doch die Einsicht über die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse des Rentnerstandes dank zielbewußter Aufklärungsarbeit nunmehr in weiteren Kreisen sich endlich Bahn gebrochen hat. Besonders wurde u. a. auf die betrübende Lage der Rentnerinnen im Alter von 40 Jahren an hingewiesen, deren Einkommen zur Bestreitung des teuren Lebensunterhaltes jetzt bei weitem nicht mehr hinreicht. Diese bedauernswerten, noch vollarbeitsfähigen Personen, möchten sehr gern irgend eine Stellung annehmen, werden jedoch trotz dringender Bitten überall abgewiesen, da der Tarif für sie zu hoch ist und billigere, jüngere Arbeitskräfte überreichlich zu haben sind. — Der Rentnerbund hat neuerdings wieder eine Reihe von Eingaben an die zuständigen Reichstagsabgeordneten gerichtet und deren Unterstützung zugesichert erhalten, was allseitig mit Dank begrüßt wurde. Ebenso hat sich der Vorstand an die hiesigen städtischen Behörden u. a. wegen Staffelung des Schulgeldes an den höheren Schulen, wegen Zuteilung von billigen Lebens- und Unterhaltsmitteln sowie wegen Wahl von Rentnern in die neuen Steuerausschüsse gewendet. In vielen Rentnerkreisen wird die Not noch dadurch gesteigert, daß sie Besitzer von österreichischen und ungarischen Wertpapieren sind, deren Zinsen schon seit mehreren Jahren, ebenso wie die für die russischen Papiere, nicht mehr gezahlt sind. Auch hierfür hat der Rentnerbund eine Unterstützungsaktion mit betrieben. Schließlich gab der Geschäftsführer Somburg noch bekannt, daß eine Steuerberatungskommission gebildet ist, welche an jedem Donnerstag im Dezember, zum ersten Male am 2. Dezember, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Hotel „Kaiserhof", Ecke Reil- und Blumenthalstraße an Bundesmitglieder unentgeltlich Rat bezw. Auskunft, insbesondere auch wegen der Kapitalertragssteuer Rückerstattungsanträge erteilt.

Womit ein Fleischer handelt. In der Mansfelder Straße wurde bei einem von auswärts kommenden hiesigen Fleischer eine Wagenkontrolle vorgenommen. Es wurden auf dem Wagen mehrere Zentner Roggen, Weizen und Schrot vorgefunden. Die Sachen wurden beschlagnahmt und sichergestellt.

Schon wieder ein Schaufenstereinbruch. In letzter Nacht wurde die Schaufensterscheibe eines Zigarrengeschäfts in der Blumenthalstraße eingeschlagen. Es wurden Rauchwaren im Werte von etwa 100 Mark gestohlen.

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Pächterversammlung Acker „Völberger Flur" am Sonntag, den 21. Nov., nachm. 2,30, in Kurzbals Restaurant Völberg, betrifft Pachterhöhung. — Pächterversammlung Acker „Flottwellstraße" am Montag, den 22. Nov., abends 7,30, im Bürgergarten, Liebenauer Str. Wichtige Tagesordnung.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr wird die Oper „Hoffmanns Erzählungen" wiederholt. Sonnabend gelangt Wedekinds „Frühlings Erwachen" zur Erstaufführung. Sonntag, abends 6 Uhr, geht „Tannhäuser" in Szene. Montag „Als ich noch im Flügelkleide". — Am Sonnabend, den 27. November, abends 7½ Uhr, findet das bereits angekündigte Beethoven-Konzert unter Leitung von Prof. Dr. Hans Pitzner statt. Eintrittskarten sind an der Kasse des Stadttheaters erhältlich.

Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind. Am Dienstag, den 23. Nov., abends 7½ Uhr, gelangt Frank Wedekinds „Frühlings Erwachen" in der gleichen Besetzung wie im Stadttheater zur Aufführung. Eintrittskarten sind an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Apollo-Theater. Fanny Köbe erlitt gestern Donnerstag während des 2. Akies beim Tanzen einen Unfall durch Verstauchung des Fußes. Trotz großer Schmerzen führte sie ihre Rolle bis zum Ende durch, muß aber jetzt auf Anordnung des sie behandelnden Professors, sich einige Tage schonen. Die Direktion hat daher, vielseitigen Wünschen entsprechend, für die nächsten Tage „Die Frau im Hermelin" angesetzt. In den Hauptrollen sind Else Jnera vom Theater des Westens in Berlin und Kurt Sissen vom Operettentheater in Bremen neben den übrigen so sehr beliebten Darstellern des Steinertschen Operettenensemble beschäftigt.

Leipziger Sinfoniekonzerte (Mittwoch, 24. Nov. im „Thalia" I. Sinfoniekonzert). Ueber Hermann Scherchen, dem Dirigenten des Leipziger Grotrian Steinweg-Orchesters schreibt Dr. Schnee in den „Leipziger Neuesten Nachrichten": Hermann Scherchen, der bekannte Berliner Propagandist der musikalischen Moderne hat in Leipzig eine neue Konzertära anbrechen lassen! Hermann Scherchen hat plastischen, sonoren Rhythmus In Orchestermassen treibt er sichtbar architektonische Formen, sein Zuwerfen des Einsatzes hat den Charakter von Stichproben zur Kontrolle des sich türmenden musikalischen Baues: alles vollzieht sich mit selbstverständlicher Sicherheit und überlegener Geste. Oder: sein Stab malt farbige Fresken auf breitester Fläche — Alle unsere Hoffnungen hat nun dieser geniale Stürmer: Hermann Scherchen!

Lula Mysz-Gmeiner-Abend. Wer sich des prachtvoll geschulten, sammetweichen und überaus warmen Mezzosoprans der berühmten Berliner Kammersängerin erfreuen will, besuche das Sonabend-Konzert in der „Degenloge" (Paradeplatz). Karten noch zu haben bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1 a.

Provinz und Umgegend.

Der Arbeitsmarkt der Provinz Sachsen im Oktober 1920.

Die steigende Konjunktur einiger Industrien, die im Vormonat unerwartet einsetzte, hielt auch im Berichtsmonat an. Wenn trotzdem keine erhebliche Besserung des gesamten Arbeitsmarktes eintrat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß der Arbeitsmarkt infolge der Heeresverminderung durch die entlassenen Reichswehrsoldaten erheblich belastet wurde. Immerhin ist ein erfreulicher Rückgang der Erwerbslosenunterstützungsempfänger festzustellen. Es bezogen Erwerbslosenunterstützung im Reg.-Bez. Magdeburg 3357 Erwerbslose gegenüber 3447 im Vormonat, im Reg.-Bez. Merseburg 270 Erwerbslose (492), im Reg.-Bez. Erfurt 1083 Erwerbslose (1655), im Freistaat Anhalt 133 Erwerbslose (20).

Der Landwirtschaft wurden die für die Kartoffel- und Rübenernte benötigten Arbeitskräfte gestellt. Ungedeckt blieb wie bisher der Bedarf an ledigen Knechten und Mägden. Die Wanderarbeiter und -Arbeiterinnen verließen mit Beendigung der Sommerarbeit ordnungsmäßig unter Einhaltung der Kündigungsfrist ihre Arbeitsstellen. Wohnungsschwierigkeiten machten eine Dreischichten-Arbeit in den Zuckerfabriken leider unmöglich, so daß die Zweischichtenarbeit mit Ueberstunden leider genehmigt werden mußte. Die Vermittlungstätigkeit für den Bergbau war hauptsächlich auf den Ersatz ausscheidender Arbeitskräfte beschränkt. Im Braunkohlenbergbau erfolgten in geringem Maße Belegschaftserhöhungen. Im Kalibergbau fehlten dauernd gelernte Häuer. Die Absatzstockung der Steinindustrie bestand fort. Ein Rundschreiben des Landarbeitsamtes, in dem die Behördenabnehmer der Steinindustrie unter Hinweis auf die zunehmende Arbeitslosigkeit aufgefordert wurden, den Steinbruchbetrieben unter Zuhilfenahme von Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Aufträge zu erteilen, hatte keinen Erfolg. Auch die Kalkstennereien lagen wegen Mangel an Aufträgen darnieder. Die Metallindustrie war wegen Kohlenmangels verschiedentlich zur Kurzarbeit gezwungen. Gut beschäftigt war die Maschinen- und Werkzeugindustrie. Die bedrohliche Lage der Waffenindustrie wendete sich zum Besseren. Die chemische Industrie war aufnahmefähig für Arbeitskräfte, ebenso die Textilindustrie, die infolge guten Geschäftsganges der Konfektionsbranche über ausreichende Aufträge verfügte. In der Holzindustrie wurden Tischler, insbesondere Möbeltischler verlangt. Vermittlungen von Bäckern und Fleischern erfolgten häufiger als im Vormonat, das Angebot überstieg aber die Nachfrage. Der Beschäftigungsgrad der Tabakindustrie war im allgemeinen zufriedenstellend. Die Lage der Schuhindustrie besserte sich so daß der Bedarf an Arbeitskräften nicht völlig gedeckt werden konnte. Die Nachfrage nach Schneidern, Friseuren und Friseuse war größer als das Angebot. Im graphischen Gewerbe zeigte sich ein Rückgang der Arbeitsuchenden und eine Zunahme der offenen Stellen. Die Bautätigkeit war infolge des anhaltenden guten Wetters lebhaft. Die Arbeitslosigkeit unter den Gastwirtsgehilfen wurde wegen Aufgabe der Sommerstellungen größer. Auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt herrschte starke Nachfrage nach jüngeren Bankbeamten, Verkäufern für Delikatessgeschäfte, Stenotypistinnen. Unerfreulich war die starke Zunahme der arbeitsuchenden ungelernten Arbeiter.

Die Wahlen zu Provinziallandtag und Kreistag.

Der Wahlrechtsausschuß der Preußischen Landesversammlung nahm in erster Lesung den Gesetzentwurf betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen an. Bei den Wahlen zu den Provinziallandtagen wird zur Ermittlung des Wahlergebnisses zunächst die Gesamtzahl der in dem Regierungsbezirk abgegebenen Stimmen durch die Gesamtzahl der dem Regierungsbezirk zustehenden Abgeordneten geteilt, und so der Wahlquotient für den Regierungsbezirk festgestellt. Erst dann ist die Gesamtzahl der Stimmen im Regierungsbezirk durch den Wahlquotienten zu teilen und so die Zahl der auf die Wahlvorschläge entfallenden Abgeordneten für jede Liste zu ermitteln. Die Verteilung erfolgt in der Weise wie bei der Wahl zur Nationalversammlung. Uebrigbleibende Stimmen werden den Wahlvorschlägen zugeteilt, die die höchste Zahl von Reststimmen aufweisen. Die Kreistage bestehen in Kreisen bis zu 30 000 Einwohnern aus je 21 Mitgliedern, in Kreisen mit mehr als 30 000 bis 50 000 Einwohnern tritt für jede

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201119-19/fragment/page=0005

bezahlt von 5000 Einwohnern und in Kreisen mit mehr als 50 000 Einwohnern für jede weitere Vollzahl von 10 000 Einwohnern ein Abgeordneter hinzu. Wahlbezirke sind die Kreise, eingeteilt in Stimmbezirke. Die bestehenden Provinziallandtage und Kreistage werden mit dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgelöst. Die Staatsregierung soll ersucht werden, die Wahlen zum Landtag, zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen an dem gleichen Tage vornehmen zu lassen.

Brachstedt. Oeffentliche Versammlung der SPD. Mittwoch sprach hier vor einer von etwa 120 Personen besuchten Versammlung der Gen. K. Garbe-Halle über die gegenwärtige politische Lage. Da die Versammlung äußerst stark besetzt war von Neu- und Altkommunisten aus den umliegenden Dörfern, stellte der Referent sofort das Thema um und zeichnete in klaren Ausführungen das Verhältnis der Sozialdemokraten zu dem Bolschewismus und den Tendenzen der K.P.D., sowie der Neukommunisten und Rechtsunabhängigen. An zahlreichen Beispielen zeigte der Redner, warum sich das Proletariat vor allem auf den Wirtschaftsstandpunkt stellen und eine politische Betätigung treiben muß, die, mit allen vorhandenen gegnerischen Faktoren rechnend, den besten und alleinigen Weg zur endlichen Befreiung aus seiner jetzigen Lage seitigen wird. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, allüberall und zu jeder Stunde für die sozialdemokratische Partei zu werben, die jetzt noch die alleinige, tatsächliche Vertreterin des deutschen Proletariats ist. In der Diskussion sprachen zwei Neukommunisten. Besonders schwang sich der Herr Walther aus Oppin zum „Entlarver" der rechtssozialistischen „Verräter" auf. Der Referent, welcher im Schlußwort auf alle gestellten Anfragen einging, zeigte in vortrefflicher Weise die Haltlosigkeit der gegnerischen Argumente. So nagelte er z. B. Herrn Walther fest, als derselbe erklärte, die Führer müßten vor allem auch dem Willen der Volksmasse Ausdruck geben und denselben vertreten. Im selben Atemzuge schmähte er aber gleichzeitig die Sozialdemokraten, weil sie es im Januar 1919 zur Nationalwahl kommen ließen. Der Redner frug Herrn Walther, ob das nicht ein mit überwiegender Mehrheit gefaßter Beschluß des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte gewesen sei, die damit den Willen der arbeitenden Volkes zum Ausdruck brachten. So in seinen eigenen Netzen gefangen, schwieg Herr Walther. Die Versammlung ist ohne Zweifel ein schöner Erfolg für die Sozialdemokraten am Orte gewesen.

Weißenfels. Brotmarkenausgabe am Sonnabend, den 20. d. M., von 8 bis 10½ Uhr: Abgefertigt werden am Tisch I Müllnerstr., Tisch II Merseburger Str. 1 bis 47, Tisch III Merseburger Str. 48 bis Schluß, Tisch IV Markwerdener Str., Am Mühlberg, An der Marienmühle; von 10½ bis 1 Uhr: Tisch I Naumburger Str. 1 bis 34, Tisch II Naumburger Str. 35 bis Schluß, Tisch III Nikolaistr., Tisch IV Novalistr.

Roßbach b. Weißenf. Eingeläutet Erfolg unsrer jungen Garde. Hier fand am Sonnabend abend eine von der hiesigen Arbeiter-Jugend einberufene öffentliche Jugendversammlung statt, in der Gen. W. Herzig über Zweck und Ziel der sozialistischen Jugendbewegung sprach. Der Erfolg dieser Veranstaltung war, daß der am Ort bestehende Jünglingsverein geschlossen zu uns überging und seinen Pfleger allein ließ. Der Uebertritt erfolgte unter Mitnahme des gesamten Vereinsvermögens, etwa 500 M., sowie der Spielgeräte und anderer Sachen. Wir begrüßen die zu uns übergetretenen jungen Proletarier als Kampfgenossen, die mit uns Seit' an Seit' ins neue Land der sozialistischen Zukunft schreiten wollen. Roßbach ist ein Bollwerk der Arbeiterjugend in unserem schwierigen Bezirk geworden. Jugendgenossen, verteidigt dasselbe nun auch gegen alle Angriffe. Hoffentlich gelingt es nun noch, die jungen Proletariermädchen aus der ihr Denken und Fühlen einschläfernden Gewalt der Jungmädchenvereine zu befreien. Das ist eine unserer nächsten Aufgaben. Arbeiter! Genossen! Macht es Euren Jungen gleich!

Delitzsch. Räteorganisation. Während in Berlin die Gewerkschaften sich von der Räteorganisation der Münzstraße losagten, marschiert ein Teil der Gewerkschaften im „roten Herzen" (Halle) mit fliegenden Fahnen in diese Räteorganisation hinein. So auch jetzt hier in Delitzsch. Und das kam so: Am Montag, den 15. d. M. hatte das hiesige Gewerkschaftskartell sämtliche Betriebsräte, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu einer Versammlung eingeladen. Nach Eröffnung teilte der Vorsitzende des hiesigen Kartells mit, daß das Kartell sich schon lange mit einer allgemeinen Versammlung der Betriebsräte hätte befassen wollen, aber durch die allgemeine Lage davon abgehalten worden sei. (Sonderbare Entschuldigung der eigenen Unfähigkeit.) Dann erteilte er dem Referenten Bowitzki, von der Wirtsch. Räte-Zentrale in Halle, das Wort zu einem Werbe-Vortrag. Dieser führte unter anderem aus, daß die zur Revolution und auch noch jetzt die Gewerkschaften die wirtschaftliche Macht besäßen. Aber wir müßten, so lange wir noch den alten kapitalistischen Staat besäßen, neue Richtlinien für unser Wirtschaftsleben aufstellen und da wären oft die alten Gewerkschaftsbonzen" und -mitglieder daran schuld, daß wir die alten Zustände noch hätten. Diese wären mit ihrem ganzen Wirken und Leben noch auf das alte System: „Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus" eingestellt. Durch die Revolution hätten die Gewerkschaften sich von 2½ Mill. auf 9 Mill. Mitglieder erhöht. Diese neuen Mitglieder wären aber mit der alten gewerkschaftlichen Bewegung nicht zufrieden. Sie verlangten schneller zur wirtschaftlichen und sozialen Macht zu gelangen. Uns, als Träger der Produktion, forderte Redner zur Gründung von Industrie- und Wirtschaftsverbänden auf und weiter setzte er den Werbegang von den Gruppen-Bezirksräten bis zum Reichswirtschaftsrat den Zuhörern auseinander, schnitt die zu leistende Arbeit der verschiedenen Instanzen an und forderte zum Schluß zum Eintritt in die Wirtschaftliche Räte-Zentrale auf. Eine Abstimmung ergab eine große Mehrheit für den Eintritt. Die Aussprache ergab nichts Wesentliches und es wurde sofort zur Einteilung des Bezirkswirtschaftsrates geschritten. Zum Schluß sprach sich Bowitzki für ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschisten (auch Christlichen) aus, da man dieselben noch zum Aufbau benötigte, nur finanziell wolle man unabhängig von den Gewerkschaften sein. Er empfahl ein eigenes Zahlungssystem. Eigentliche Betriebs- und gewerkschaftliche Fragen konnten nicht erledigt werden, da die Zeit zu weit vorgeschritten war. — Der Wirtschaftlichen Räte-Organisation schlossen sich vor allem die des Deutschen Eisenbahner-Verbandes und des Deutschen Landarbeiter-Verbandes an. Die übrigen Gewerkschaften waren zum Teil nicht vertreten, zum Teil stimmten sie gegen den Anschluß. Daß sich die beiden genannten Organisationen mit Haut und Haaren dem Bowitzkischen Phrasenschwall angeschlossen haben, ist die Folge der gemeinen und gehässigen Agitation gewisser jetzt Rechts-U.S.P.-Männer, denen vor der Spaltung nichts radikal genug war. Aber in dieser Versammlung glänzten sie durch Abwesenheit. Anstatt die Landarbeiter und Eisenbahner, die sich erst nach dem 9. November 1918 organisieren konnten, zu Gewerkschaftlern zu erziehen, pfropfte man sie mit Phrasen voll, aus denen es jetzt kein Entrinnen gibt. Hoffen wir, daß das Erwachen für diese irregeleiteten Gewerkschaftler kein schreckliches ist. Ist ihnen denn kein Licht aufgegangen, als Bowitzki sagte, man brauche auch die christlichen Gewerkschaften und Gelben? Arbeiter, denkt nur über den Phrasendrusch eines Bowitzki nach, dann werdet ihr den richtigen Weg finden, der nur durch die Gewerkschaftliche Räte-Zentrale zum Ziele führt!

Delitzsch. Gründungsfeier der Arbeiter-Jugend. Am vergangenen Sonnabend abend veranstaltete unsere vor kurzem ins Leben gerufene Arbeiter-Jugend im Schützenhaus ihre Gründungsfeier, zu der sich die Jugend vollzählig eingefunden hatte. Ferner war eine ganze Anzahl Parteigenossen und -genossinnen erschienen. Als auswärtige Gäste waren die Bitterfelder und Hallenser Jugendfreunde erschienen. Die umfangreiche und inhaltsvolle Vortragsfolge, die der Gründungsfeier vorausgelegt war, gewährte einen guten Einblick in das ideale Streben unserer Jugend. Eine Reihe musikalischer, gesanglicher und dichterischer Vorträge, die vornehmlich von Angehörigen der Arbeiter-Jugend geboten wurden, zeigten, wie unserer Jugend die Freude am Gesang und an der Musik eigen ist. Sie geht in ihren Bestrebungen von dem Standpunkt aus, daß nur durch eine reine Seele, die ebenso von echtem Idealismus erfüllt ist, ein reiner Geist, der dem Wahren, Gut- und Schönen zugewandt ist, sich zu entfalten vermag. Einen besonderen Genuß für alle Festteilnehmer bildeten die Liedervorträge des Gen. Billing aus Halle, der mit seinem weichen, ausgeglichenen lyrischen Tenor, der von angenehmer Klangfülle ist, Lieder und Arien von Leoncavallo, Pressel, Lorking, Flotow und Johann Strauß mit bestem musikalischen Empfinden und guter Textbehandlung sang. In Gen. Auerbach hatte der Sänger, der für seine Liedergaben reichen und wohlverdienten Beifall erntete, einen sicheren, gewandten und anpassungsfähigen Begleiter am Klavier. Gen. Münzer sen. legte in einer längeren Ansprache, die sich in eindringlichen Worten an die Jugend wandte, die Ziele und Bestrebungen der sozialistischen Jugendbewegung dar. Alle politischen Parteien suchen die Jugend ihrer Gesinnungsgenossen zusammenzufassen, um sie in ihrem Geiste zu erziehen. Zuerst habe die katholische Kirche die Bedeutung der Jugendbewegung erkannt und sie ihrem kirchlichen Erziehungsgedanken nutzbar gemacht. Die Jugend, im ganzen genommen, hat ihr Augenmerk vornehmlich darauf zu richten, ihren Geist und ihre Seele rein zu halten, alle Vergnügungen und Veranstaltungen, die diesem Streben entgegengesetzt sind, zu meiden. Anstatt in die Kinos zu laufen, auf dem fröhlichen Tanzsalen sich herumzutreiben, sollte die Jugend lieber hinausziehen, in die Natur, und durch Wandern und Sport den Körper gesund zu erhalten und widerstandsfähiger zu machen, damit sie dereinst als Männer und Frauen den ihnen vom Leben zugewiesenen Aufgaben gerecht werden und sich diesen gewachsen zeigen. Nur in einem gesunden Körper vermag ein gesunder Geist zu wohnen. Wenn die Jugend in diesem Sinne an sich selbst arbeitet, und vor allem sich einer sittlichen Erneuerung, ohne die unser Volk zum kulturellen Niedergang verurteilt ist, unterzieht, dann wird sie auch das für unser Volk und Vaterland werden, was einen Wiederaufstieg für unser Volk, das mehr denn je vom Geiste des Sozialismus, von wahrem Menschentum, erfüllt sein muß, in Zukunft zu verbürgen vermag. Die als Gäste aus Bitterfeld und Halle erschienenen Jugendfreunde führten in den Pausen eine Reihe anmutig und schön wirkender Volkstänze auf, die im allgemeinen ob ihrer Einfachheit starken Anklang fanden. — Die Bitterfelder Jugendgenossen verließen uns am Sonnabend bereits wieder, während die Hallenser Jugendfreunde bis Sonntag abend bei uns blieben. Am Sonntag vormittag beschtigten wir mit ihnen das hiesige Altertums-Museum und der Nachmittag war dem Spiel und der Wanderlust gewidmet. Unseren Jugendfreunden in Bitterfeld und Halle rufen wir ein herzliches „Auf Wiedersehen zum Bezirks-Jugendtag in Halle" zu.

Eilenburg. „Wie schützen wir die Reichsverfassung", so lautete das Thema, über das Parteisekretär Genosse Flüchtenhalle in einer am Bußtag einberufenen Volksversammlung im Ratssaal, einen 1½ Stunden langen Vortrag hielt. Genosse Flüchtenhalle leitete seinen Vortrag mit dem von Karl Marx geprägten Worten ein: „Proletarier aller Länder vereinigt euch" (in Nr. 270 der „Volksstimme") und ging eingangs seines Vortrages auf den Aufruf der Internationale ein, denn der unglückliche Krieg hatte das internationale Proletariat zerrissen und durch den russischen Bolschewismus das Proletariat noch weiter gespalten. Die Revolution am 9. November 1918 hatte dem deutschen Volke die Freiheit gebracht, aber diese Freiheit wird von den Konjunkturjozialisten, den Brüdern von links, ausgebeutet durch den Diktatur-Wahnsinn, der in einem Industriestaat, wie Deutschland, undurchführbar ist und nur weitere Spaltungen des Proletariats zur Folge hat. Die alte sozialdemokratische Partei, welche nicht nur die stärkste Partei Deutschlands, sondern die größte sozialdemokratische Partei der Welt ist, wird alles versuchen, um die Rechte des Volkes zu schützen. Redner schilderte die Gefahr von Rechts, durch die Organisation Escherich und die Zerrissenheit des Proletariats. Die Beamtenschaft kann sich immer noch nicht mit dem Gedanken befreunden, daß wir in einem freien Staate leben und bei der Revolution die Fesseln abgestreift haben, die den Beamten nur als Organ der Reaktion betrachteten und jedes selbständige Denken und Handeln unmöglich machten. Redner ging kurz auf den Kapp-Putsch ein und zeigte an Beispielen, wie die Beamten von der Reaktion, der Kapptegierung, gemißbraucht wurden. Der Parteitag der Deutschnationalen in Hannover hat bewiesen, wo die Feinde der Republik zu finden sind, der auf seine Fahne geschrieben hat: „Monarchismus und Militrismus" und an den Aussprüchen: „Wir fordern die Monarchie" und wie dort der Revanchetrie gegen Frankreich und der Entente gepredigt wurde und wie auf den „Ordnungsstaat" Bayern hingewiesen wurde. Redner bewies den Anwesenden, daß Deutschland unmöglich an einen Revanchekrieg denken könne. Es ist Wahnsinn von einem Revanchekrieg überhaupt zu sprechen. Zum Schluß seines Vortrages verlas der Redner die Geheimzirkulare des Herrn Beck in Halle, um zu zeigen, wie die Spitzelzentrale arbeitet. Er ermahnte die Anwesenden, sich zu organisieren, denn neben einer wirtschaftlichen Organisation muß sich jeder politisch organisieren. Ein Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie schloß sein Referat. In der freien Aussprache forderte Genosse Schwabe die Kollegen von der grünen Polizei auf, sich politisch zu organisieren und sich der alten Sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, Genosse Eitner, alle Anwesenden, an die bevorstehende Landtagswahl zu denken. Jeder, der sich zur Sozialdemokratie bekenne, muß auch eine geistige Waffe besitzen und diese ist die Presse, die „Volksstimme" in Halle. Damit schloß die erfolgreich verlaufene Versammlung.

Torgau. Einführung des Ersten Bürgermeisters Gödecke. Am Montag, den 15. Nov., wurde der neue Erste Bürgermeister in sein Amt eingeführt. In Vertretung des Regierungspräsidenten, der infolge einer Autopanne ½ Stunde später eintraf, führte der Landrat Gereke den neuen Bürgermeister in sein Amt ein. Nach der Einführung fand ein Beisammensein statt, in welcher der Regierungspräsident noch einige Worte an den Bürgermeister richtete. Im Namen unser Fraktion sprach Gen. Stadtrat Neumann, und erklärte unsere Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in der Verwaltung. Die Neukommunisten waren zur Nachfeier nicht erschienen.

Belleben. Oeffentliche Volksversammlung der S.P.D. Am vergangenen Sonnabend sprach in öffentlicher Versammlung Genosse Peiter (Halle) über „Demokratie oder Diktatur". In seinem beifällig aufgenommenen Referat mahnte der Redner zur Einigkeit und wies auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hin. Weiter streifte er unsern Parteitag in Kassel, der in konsequenter Weise seine Aufgaben erledigte. Im Gegensatz dazu stand der unerquickliche Verlauf des Parteitages der U.S.P. in Halle. In der Diskussion sprach für die hiesigen Neukommunisten Redakteur Bobla aus Halle und versuchte die Notwendigkeit der Diktatur nachzuweisen. Er nahm dabei auf die russischen Verhältnisse bezug. Im übrigen operierte er mit längst abgedroschenen Kamellen, wie Bewilligung der Kriegskredite durch die S.P.D. usw. Vor Beginn des Schlußwortes entfernte er sich mit seinen Anhängern.

Merzugen (Kr. Sangerhausen). Leichenräuber. Im Jagdgebiet des Freiherrn v. Ellerr-Eberstein wurde beim Treiben am Wandtopfe ein Ruchsack gefunden, der ein gestricktes Tuch und ein Bettlaken mit den Initialen G. E. enthielt. Man ging der Spur nach und kam zu der Entdeckung, daß sie aus der Gruft der alten Herrschaft herrührten mußten. Es wurde im Erbbegräbnis eine Untersuchung vorgenommen, die ergab, daß in die Scheidewand ein Loch gebrochen war, durch das ein Mensch hindurchdringen konnte. Die Leichenräuber hatten die Holzsärge geöffnet und die darin befindlichen Zinnsärge aufgebrochen. Die Knochenreste wurden umhergeworfen, der Schädel der Freiherrn auf Sarg gestellt und die noch erhaltene Uniform des verstorbenen Leutnants Bernhard von Eller-Eberstein zur Schau aufgehängt. Außer den beiden Tüchern hatten die Verbrecher nichts Wertvolles gefunden.

Plotha. Frecher Bandenüberfall. Am Freitagabend drangen Räuber in die Ziegelei Plotha ein, drei vermummte in Militärkuriuform, ihrer Sprache nach wahrscheinlich Polen. Sie setzten unter dem Schein der Taschenlampe den anwesenden den Revolver auf die Brust und erpreßten auf diese Weise 3000 Mk. Bargeld, ferner Geschlachtetes und das Brot, so daß sich Bezuchten sich für das Abendessen erst Brot im Dorfe verschaffen mußten. Die Räuber entkamen unerkannt.

Sport und Körperpflege.

Bildung eines Bezirkssportkartells.

Eine Arbeiter-Sportkartell-Konferenz des Regierungsbezirks Merseburg tagte am 14. November in Halle im Volkspart. Zweck der Konferenz war die Bildung eines Bezirkskartells für den Regierungsbezirk Merseburg, damit die Jugendpflege durch geschlossene Front in einheitlicher Beziehung gefördert werden kann. Vertreten waren 12 Ortskartelle und einige Vereine. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über Gründung von Ortskartellen und eines Bezirkskartells. Referent Sportgenosse Bandmann-Halle. 2. Wahlen. 3. Vortrag über Jugendpflege und Jugendorganisation. Referent Sportgenosse Bürger-Halle. 4. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzte schon eine Opposition ein, die den Referenten über das Thema Jugendpflege nicht sprechen wollte, da selbiger Mitglied der S. P. D. sei. Die Mehrzahl der Delegierten erklärten sich aber mit den Aposteln der 3. Internationale nicht einverstanden, und es blieb dabei, daß der Genosse das Thema erledigte.

Der erste Vortragende betonte die Notwendigkeit der Bildung von Ortskartellen und eines Bezirkskartells. Nur durch eine geschlossenheit der Sportbewegung kann Einfluß bei der Behörde und im Kampfe gegen die bürgerlichen Sportvereine erzielt werden. Die Diskussionsredner erklärten sich alle damit einverstanden, als aber der Referent in seinem Schlußwort betonte, daß sich das Bezirkskartell auf den Boden der 3. Internationale stellen müsse, dabei aber die Neutralität bewahren soll, erhob sich großer Widerspruch. Die Delegierten konnten es eben beim besten Willen nicht verstehen, daß es auf dem Boden der 3. Internationale und noch eine Neutralität geben kann. Die Situation wurde erst geklärt nach einem Antrag des Gen. Bürger, wonach sich das Kartell auf den Boden der sozialistischen Weltanschauung stellen soll. Dieser Antrag wurde angenommen. Sollten aber die bürgerlichen Sportler aus diesem Beschluß eine politische Handlung ausblicken, so ist ihnen entgegenzuhalten, daß auch sie sich als Demokratische Vereinigung betrachten.

Während der Aussprache wurde betont, daß von den Arbeitersportlern alles mögliche von den Parteien verlangt wird, daß sie gehören aber selbst noch Führer der sozialistischen Parteien bei bürgerlichen Sportvereinen an.

Zum zweiten Punkt wurde Halle als Sitz des Vorstandes bestimmt. Die Mitglieder desselben werden vom Hallischen Sportkartell gewählt. In den Beschwerde-Ausschuß wurden gewählt Lenker-Eilenburg als Vorsitzender, Lorenz-Weißenfels, Kahn-Zeitz, Leihring-Holzweißig und Gebhard-Merseburg. Zum dritten Punkte sprach der Sportgenosse Bürger und schilderte die Jugendpflege, wie sie ist und wie sie sein soll. Die wilhelminische Regierung hat es nach ihrem Standpunkt gut verstanden, die unteren Volksschichten von einer besseren Schulbildung fernzuhalten, die bürgerlichen Vereine wollten der Oeffentlichkeit gegenüber durch Jugendpflege die unteren Schichten blicken, aber in Wirklichkeit handelte es sich nur um eine Beeinflussung der Jugend in ihrem Sinne. Wollen wir Jugendpflege betreiben, dann müssen wir in erster Linie das nachholen, was das alte System an den unteren Volksschichten versäumt hat, und das Bildung und Erziehung. Die Jugend braucht eine gesunde und reine Moral. Wer dies der Jugend nicht bieten kann, muß zuerst sich selbst arbeiten. Im weiteren gab der Redner Aufschluß über die Errichtung von „Aemtern für Leibesübung" und deren Arbeiten. Desgleichen sprach er über den Ausschuß für Leibesübung im Regierungsbezirk Merseburg. Die Ausführungen endeten mit den Worten, wollen wir Einfluß und Macht erringen, dann heißt es auch kräftig mitarbeiten. Reicher Beifall lohnte seine Worte.

Unter Verschiedenen wurde noch von Sportgenossen Bandmann angeführt, daß die Fußballer das Betreiben hätten, sich von Arbeiter-Turn- und Sportbund loszumachen. Ebenfalls ging das Können die Spaltung eines Arbeiter-Turnvereins vor sich. Es konnte ihm jedoch von den Vertretern der Turner erwidert werden, daß seine Ausführungen sich auf eine irrige Auffassung stützen, denn das erstere sei nicht der Fall und das letztere betrifft einen bürgerlichen Turnverein, was doch nur den Arbeiter-Turnern zum Vorteil gereicht. Nach einigen kleineren Aussprachen schloß der Vorsitzende Geißler mit Worten des Dankes die Konferenz.

Aus aller Welt.

Peine, 18. Nov. Eine gefährliche Räuberbande. Wie die Peiner Zeitung berichtet, wurde gestern abend eine Frau Plog auf dem Wege zur Stadt von drei Räubern unter Todesdrohungen zur Herausgabe ihrer Barschaft gezwungen. Die Räuber überfielen sodann das einsam stehende Haus des Sohnes der Frau Plog und forderten die Herausgabe des Geldes. Die beiden anwesenden Bewohner konnten flüchten. Nach einem Einbruch in eine Gastwirtschaft in Schwicheld, wo ihnen Lebensmittel in die Hände fielen, wurden die drei Verbrecher von der Peiner Polizei gestellt und festgenommen. Auf der Polizeiwache wurde plötzlich einer der Schußleute von einem der Räuber durch einen Kopfschuß getötet. In der entstehenden Verwirrung konnten die drei Verbrecher entkommen.

Dublin. Gewalttaten in Irland. Drei Männer drangen in die Filiale der Nationalbank ein, hielten das Personal mit vorgehaltenem Revolver in Schach und plünderten die Kasse. Nach einer Morning Post-Meldung aus Cork sollen irische Freiwillige auf der Station Waterfall bei Cork vier Offiziere gefangen haben, den Zug zu verlassen. Sie hätten sie im Automobil entführt. Niemand wisse wo sie sich aufhielten. Ein Offizier des Mitglied des Kriegsgerichts gewesen sein, das den Oberbürgermeister Mac Swiney verurteilte.

Palermo. Wirbelsturm in Italien. Infolge eines heftigen Wirbelsturmes sind Teile der Stadt überschwemmt worden. In Bagheria Mistmeri und anderen Orten wurden mehrere Häuser zerstört und auf den Feldern großer Schaden angerichtet. In Mistimeri wurden bisher 47 Leichen geborgen. In Palermo mangelt es an Trinkwasser.

Mierkwood Abkürzungen. Merkwürdige Abkürzungen werden jetzt amtlich angewandt. Der Kohlen-Kommissar wird mit „Koko" bezeichnet, die Sicherheitspolizei heißt bekanntlich „Sipo", die oberschlesische Abstimmungspolizei „Apo". Nach diesem Muster dürfte die neue Polizei für die Provinz Brandenburg „Brapo" heißen. Wird sich aber die Pommersche Polizei ihr „Popo" gefallen lassen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201119-19/fragment/page=0006